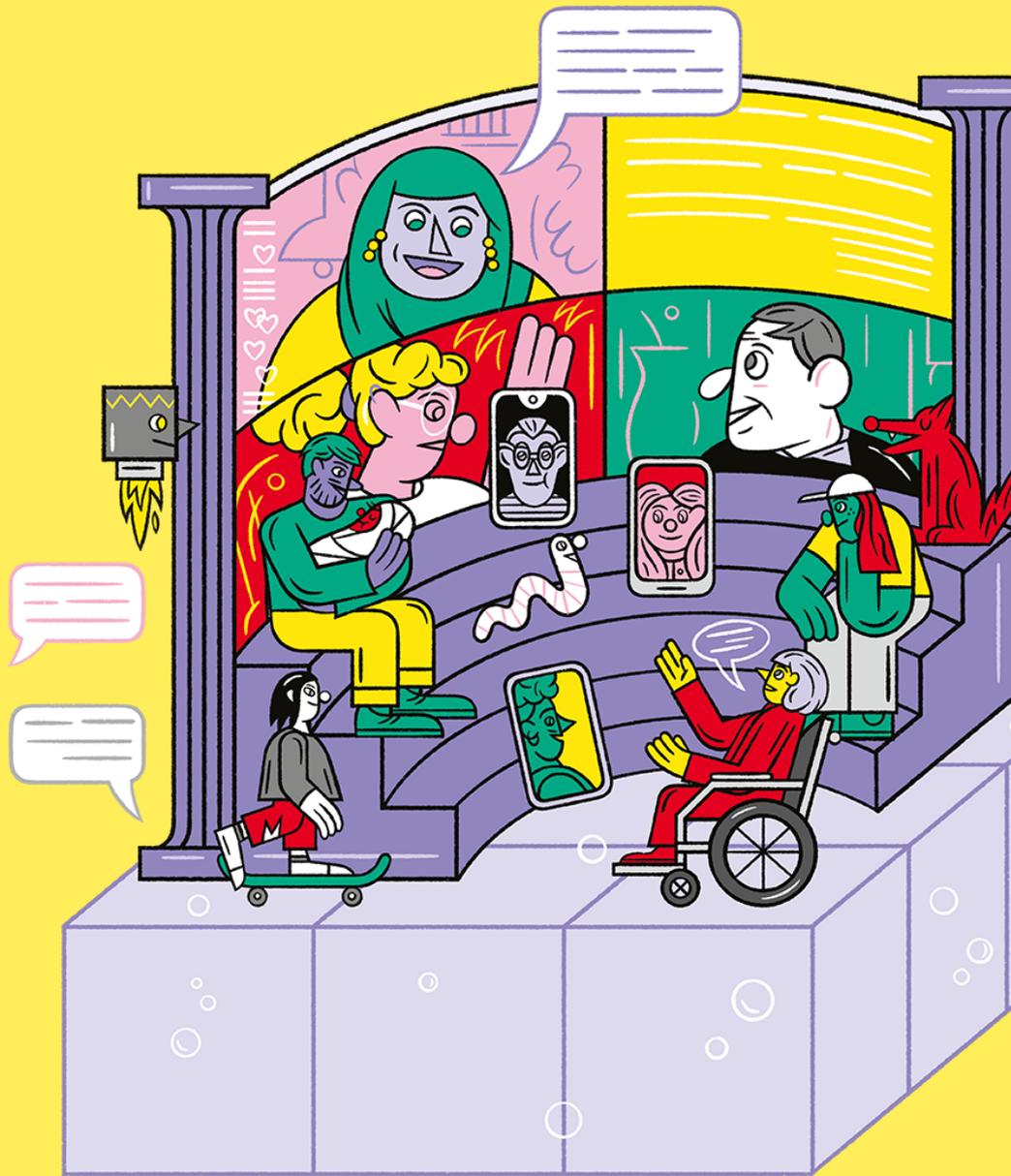


VERGLEICHsstudIE

Smarte Partizipation - von der Kiezkasse bis zum Bürger:innenhaushalt

Eine Einordnung und
Analyse der Kiezkassen
in Treptow-Köpenick



SMARTE PARTIZIPATION von der Kiezkasse bis zum Bürger:innenhaushalt	 Bezirksamt Treptow-Köpenick	BERLIN	
--	--	---------------	---

AG.URBAN

GEMEINSAM DIGITAL	KFW	 Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	Der Regierende Bürgermeister von Berlin	BERLIN	
--------------------------	------------	---	--	---------------	---

DANKSAGUNG

Wir möchten allen Beteiligten im Rahmen des Pilotprojekts herzlich für Ihre Teilnahme, Ihre Offenheit und Ihre Zeit danken.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin
Rudower Chaussee 4
12489 Berlin

Bereich:

Sozialraumorientierte
Planungskoordination

Ansprechpartnerin:
Henriette Schleinstein

Bearbeitung durch:

Aline Fraikin & Emma Gollhardt
Layout: Julia Sulikowska
AG.URBAN
Mackensen, Hipp, Tienes & Pinetzi GbR
Ringbahnstr. 10 - 14
12099 Berlin

Stand: Januar 2024

VERGLEICHsstudie

Smarte Partizipation – von der Kiezkasse bis zum Bürger:innenhaushalt

Eine Einordnung und
Analyse der Kiezkassen
in Treptow-Köpenick

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 7

TEIL 1

**Partizipative Budgetplanung
in Theorie und Praxis 9**

**Was sind Bürger:innenhaushalte
bzw. -budgets? 10**

- Entstehungsgeschichte und internationale Verbreitung
- Unterschiede und Gemeinsamkeiten
- Digitale Entwicklungen

**Best Practices aus Europa,
Deutschland und Berlin 16**

- Paris
- Helsinki
- Deutschland
- Berlin

**Potenziale und Herausforderungen
von partizipativer Budgetplanung 28**

**Übersicht und Vergleich relevanter
Dienstleister und Tools 30**

Zwischenfazit 32

TEIL 2

**Fallbeispiel Kiezkassen
Treptow-Köpenick 35**

**Einordnung der Kiezkassen
Treptow-Köpenick 36**

- Problemumriss und Relevanz des Pilotprojekts

**Die Kiezkassen auf dem Prüfstand:
Bedarfsanalyse durch zielgruppen-
spezifische Workshops 40**

Der Kiezkassenprozess 42

- Kiezkassen-Prozess im Status quo

**Identifizierte Problemfelder
und Lösungsansätze 48**

- Bereitstellung und Aufbereitung von Informationen
- Rollenverständnis und Engagement der Kiezpat:innen
- Zugänglichkeit und Barrierefreiheit der Kiezkassenversammlung
- Inanspruchnahme von Zuwendungen durch die (organisierte) Zivilgesellschaft
- Fehlende Digitalisierung
- Evaluation

Zwischenfazit des Status quo der Kiezkassen 52

Handlungsempfehlungen 54

- Höhere Transparenz durch Öffentlichkeitskampagne
- Mehr Niedrigschwelligkeit und Effizienz durch Digitale Tools

**Angestrebte Lösungen zur Optimierung
der Kiezkassen in Treptow-Köpenick 56**

Fazit und Ausblick 58

ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

ABB. 1 Die idealtypischen Phasen von Bürger:innenhaushalten bzw. -budgets im Vergleich.	12
ABB. 2 Anzahl von Bürgerhaushalten, Quartiersfonds und Bürgerbudgets in Deutschland von 1998 bis 2017	12
ABB. 3 Unterschiede zwischen Bürger:innenhaushalten und -budgets	13
ABB. 4 Screenshot der Pariser Beteiligungsplattform „Décider pour Paris“ (www.decider.paris.fr)	17
ABB. 5 Screenshot der OmaStadi-Webseite (www.omastadi.hel.fi)	19
ABB. 6 Überblick von partizipativen Budgetplanungsinstrumenten in Berlin	24
ABB. 7 SWOT: (Digitale) partizipative Budgetplanungen.	29
ABB. 8 Übersicht ausgewählter Dienstleister und Tools für Online-Partizipation und Bürger:innenhaushalte und -budgets	31
ABB. 9 Übersicht verfügbarer Förderprogramme mit integriertem Fond oder Budgets in Treptow-Köpenick	37
ABB. 10 Auszug des Miroboards zur Identifikation der Kiezkastenprozessphasen im ersten Workshop mit der Kiezkastenbeauftragten des Bezirksamts	46
ABB. 12 Schematische Analyse des Kiezkastenprozesses	53
ABB. 13 Grafische Zusammenfassung der Lösungen zur Optimierung der Kiezkasten	57

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BBE	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
BENN	Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften
BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
BVV	Bezirksverordnetenversammlung
BZR	Bezirksregion
FAQ	Frequently Asked Questions, zu dt.: häufige Fragen
FEIN	Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften
GeKo	Gebietskoordinator:innen
KKV	Kiezkassenversammlung
LZQ	Lebendige Zentren und Quartiere
OE	Organisationseinheit
OSW	Oberschönevide
PB	Participatory Budgeting, zu dt.: partizipative Budgetplanung
PLR	Planungsräume
SGA	Straßen- und Grünflächenamt
SPK	Sozialraumorientierte Planungskoordination
SWOT	Strengths (Stärken), Weaknesses (Schwächen), Opportunities (Chancen) und Threats (Risiken)

Einleitung

Die vorliegende Vergleichsstudie ist Bestandteil des Pilotprojekts „Smarte Partizipation - von der Kiezkasse bis zum Bürger:innenhaushalt“ in Treptow-Köpenick, welches im Rahmen der Landesstrategie Gemeinsam Digital: Berlin (GD:B) vom Bezirk Treptow-Köpenick als eine von fünf dezentralen Maßnahmen im Handlungsfeld „Inklusive Stadtgestaltung“ umgesetzt wird.

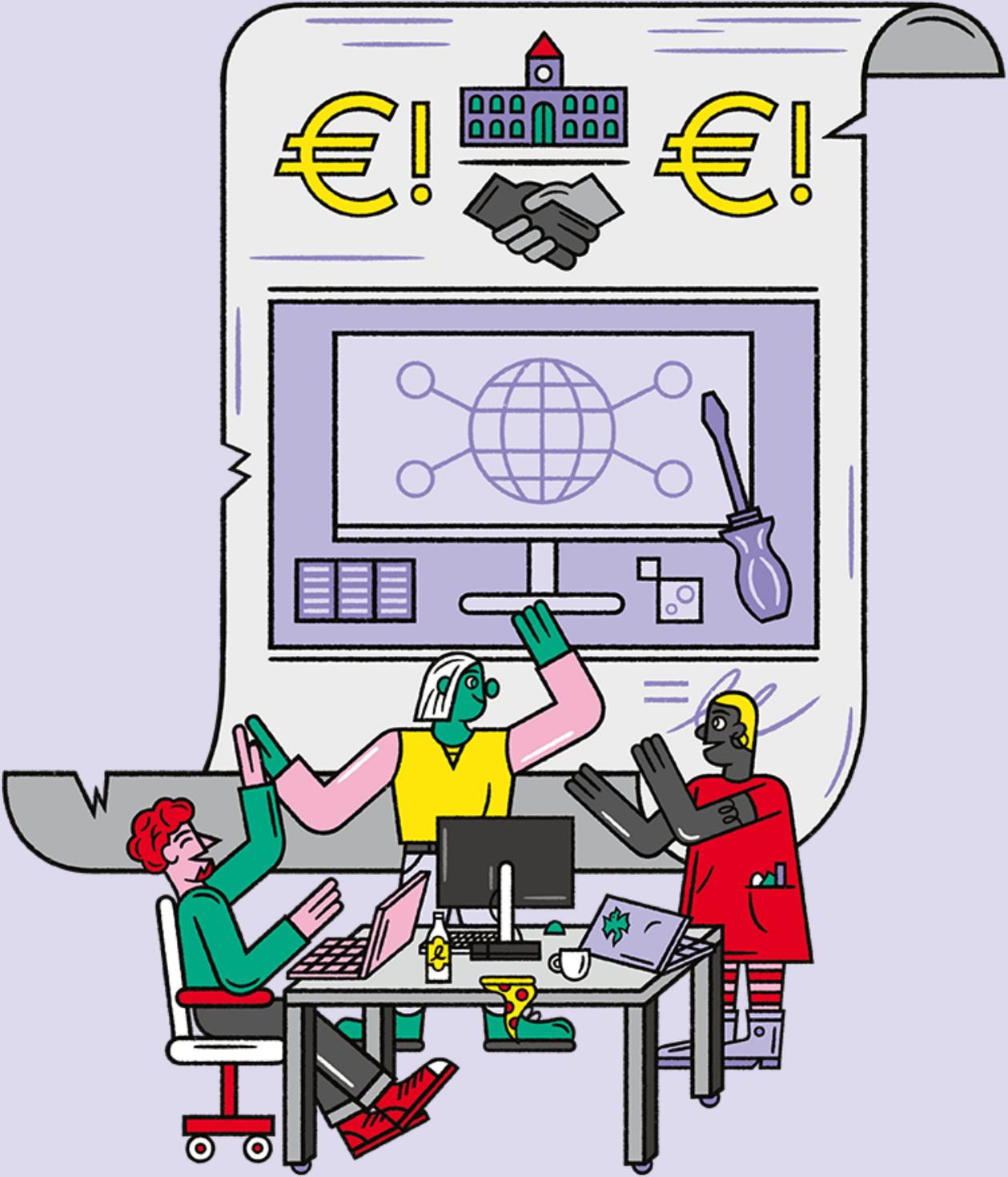
Ziel der Digitalstrategie ist es, Berlin als eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte, kooperative und resiliente Stadt zukunftsfähig auszurichten. Dabei versteht sich GD:B als lernend - Inhalt und konkrete Maßnahmen der Strategie werden laufend aktualisiert, angepasst, und in einem kooperativen Prozess mit der Zivilgesellschaft erprobt.

Berlin zeichnet sich durch eine gut vernetzte und hochgradig engagierte Bürger:innenschaft aus, die auf vielseitige Weise die Entwicklung der Stadt mitbestimmt und -gestaltet. Zwei zentrale Herausforderungen im Rahmen von Partizipationsprozessen sind dabei einerseits, einen möglichst breiten Querschnitt der Zivilgesellschaft zu erreichen und miteinzubeziehen und andererseits ihr oft hoher verwaltungsseitiger Aufwand. Anhand des Beispiels der in Treptow-Köpenick bereits als Beteiligungsformat etablierten Kiezkassen soll modellhaft erprobt werden, wie diesen Problemen durch den Einsatz digitaler Tools begegnet werden kann.

Ziel des Pilotprojekts ist es, die Performance der **Kiezkassen**, einem Instrument der **partizipativen Budgetplanung**, im analogen und insbesondere digitalen Bereich zu überprüfen und um digitale Lösungen zu ergänzen. Dadurch sollen nicht nur weitere Zielgruppen erreicht, sondern insbesondere die verwaltungsseitigen Bearbeitungsprozesse der Beteiligung effizienter gestaltet werden.

Das Pilotprojekt startete im Mai 2023 und hat eine Laufzeit bis Dezember 2025. Die Bestandsanalyse bildet den Abschluss der ersten Projektphase und legt den Grundstein für die weitere Entwicklung eines digitalen Tools für die Kiezkassen in Treptow-Köpenick.

Die Kiezkassen sind dem Konzept des **Participatory Budgeting** (kurz: PB und dt.: partizipative Budgetplanung) zuzuordnen. Mit diesem Begriff werden Prozesse bezeichnet, durch die Bürger:innen direkt über die Verwendung öffentlicher Gelder mitbestimmen können. Unter dem aus dem Englischen stammenden Sammelbegriff PB werden im Deutschen unterschiedlich ausgestaltete Prozesse wie Bürger:innenhaushalte, -budgets, Stadtteil-, Quartier- oder Kiezfonds bezeichnet. Während also die internationale Literatur Bürger:innenhaushalte als eine Form der partizipativen Budgetplanung einordnet, wird im Deutschen die Bezeichnung „Bürger:innenhaushalte“ häufig als Sammelbegriff verwendet. Zur klaren Trennschärfe - und auch, weil die Unterscheidung zwischen Bürger:innenhaushalt und Stadtteilbudget grade im Berliner Kontext von Bedeutung ist - verwenden wir in dieser Vergleichsstudie den Überbegriff der partizipativen Budgetplanung.



TEIL 1

Partizipative Budgetplanung in Theorie und Praxis

Die Analyse beginnt mit einem theoretischen Teil, in dem das Konzept und die Geschichte von partizipativer Budgetplanung umrissen, und die für das Fallbeispiel relevanten Instrumente erklärt werden. Außerdem werden digitale Entwicklungen im Bereich der Bürger:innenbeteiligung vorgestellt. Anschließend werden sowohl regionale als auch methodische Best-Practices verglichen, um dann die identifizierten Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken von (digitalen) Bürger:innenhaushalten bzw. -budgets zusammenzufassen und eine Übersicht über bereits erprobte Tools und Dienstleister in diesem Feld zu geben.

In einem Zwischenfazit werden die wichtigsten Erkenntnisse der Recherche für das Pilotprojekt zusammengefasst, bevor im zweiten Teil der Studie genauer auf die Kiezkassen in Treptow-Köpenick eingegangen wird. Das Fallbeispiel wird eingeordnet, erklärt, und der Beteiligungsansatz und die Methodik der Bedarfserhebung vorgestellt, bevor die Ergebnisse der Bestandsanalyse präsentiert, und daraus resultierenden Handlungsempfehlungen formuliert werden.

Was sind Bürger:innenhaushalte bzw. -budgets?

Partizipative Budgetplanungen erlauben es Bürgerinnen und Bürgern, direkten Einfluss auf die Verwendung von öffentlichen Geldern zu nehmen. Ihr Ziel ist es, demokratische Teilhabe zu stärken und insbesondere Gruppen eine Stimme zu geben, die traditionell in Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind. Weiterhin sind sie ein Instrument zur Stärkung des Vertrauens in die Verwaltung: durch die aktive Beteiligung im Prozess der Haushaltsplanung können Bürger:innen ein Gespür für die komplexen Grenzen und Vorgaben der Verwaltung bekommen und ein besseres Verständnis für ihr Denken und Handeln entwickeln.

Innerhalb des Konzepts der partizipativen Budgetplanung gibt es verschiedene Modelle und Abstufungen; je nach Ausgestaltung unterscheiden sie sich sehr stark. Alle Modelle eint jedoch, dass Bürger:innen über die Verwendung eines Teils der sogenannten „frei verwendbaren“ Haushaltsmittel mitbestimmen. Diese Form der Finanzplanung kann auf nationaler, regionaler, kommunaler oder auch auf Quartiersebene eingebunden und praktiziert werden.

Entstehungsgeschichte und internationale Verbreitung

Heute ist das Instrument der partizipativen Budgetplanung eines der erfolgreichsten informellen Beteiligungsformen der letzten Jahrzehnte.¹ Im Jahr 2019 zählte der „Participatory Budgeting World Atlas“ mehr als 11.000 Bürger:innenhaushalte in 71 Ländern, davon circa 4.500 in Europa.² Doch wo und vor welchen Hintergrund entstand die Idee, und wie verbreitete sie sich als Praxis?

Der erste Bürger:innenhaushalt wurde mit dem Ende der 21-jährigen Militärdiktatur in Brasilien von der brasilianischen Arbeiterpartei in den 1980er-Jahren entwickelt. Obwohl es mehrere frühe Experimente gab, wurde der erste vollständige partizipative Haushaltsprozess 1989 in der Stadt Porto Alegre, also auf lokaler Ebene, umgesetzt, als die Arbeiterpartei die Kommunalwahlen dort gewann. Zum Zeitpunkt der Umsetzung hatte die Stadt etwa 1,2 Millionen Einwohner:innen. Die Kampagne basierte auf demokratischer Beteiligung und der „Umkehrung der

¹ Vorwerk, Volker (2018). Netzwerk Bürgerbeteiligung 04/2028

² Abellán López, María Ángeles & Pineda Nebot, Carmen & Flack, Andres & Barros, Marta & Enríquez, Sahsil. (2019). Participatory Budgeting Worldwide Atlas.

Ausgabenprioritäten“: jahrzehntlang wurden öffentliche Mittel verstärkt für Projekte in Vierteln der Mittel- und Oberschicht ausgegeben – dieser Trend sollte umgekehrt werden. Der Bürger:innenhaushalt sollte dazu beitragen, dass ärmere Bürger:innen und Stadtteile einen größeren Anteil an den öffentlichen Ausgaben erhalten.

Um den jährlichen Haushaltszyklus in Porto Alegre zu beginnen, wurden ab 1989 jeweils öffentliche Versammlungen einberufen, bei denen die Einwohner:innen darüber diskutierten, wie sie die nicht festgelegten Ausgaben der Behörde nutzen möchten. Aus diesen Versammlungen wurden Vertreter für jedes Stadtviertel ausgewählt, die die Prioritäten der einzelnen Bezirke überprüften. Anschließend wählten sie einen übergeordneten Stadtrat für den Haushalt, der die verschiedenen Forderungen aus der gesamten Metropole in Einklang bringen sollte. Dieser Rat war für die Erstellung des endgültigen Haushaltsplans verantwortlich, den die Stadtverwaltung im folgenden Jahr vorlegen sollte. Während sich in den ersten zwei Jahren nur knapp 1.000 Personen beteiligten, wuchs die Anzahl an Teilnehmenden in weniger als 10 Jahren auf bis zu 40.000 Personen pro Jahr. Heute ist der partizipative Haushalt von Porto Alegre mit ca. 1.100 Euro pro Bürger:in einer der größten, die über einen Bürger:innenhaushalt zugewiesen werden. Porto Alegre hatte Modellcharakter, so wurde in vielen europäischen Städten das genaue Vorgehen der Stadt repliziert und wird “Porto Alegre Modell” genannt.

Der anfängliche Erfolg des Bürger:innenhaushaltes in Porto Alegre machte das Konzept bald für andere Gemeinden in Brasilien attraktiv. Bis 2001 hatten mehr als 100 Städte in Brasilien Participatory Budgeting umgesetzt. So gilt Brasilien bis heute als Ort des Ursprungs von Bürger:innenhaushalten. Auch in anderen südamerikanischen Ländern hat das Konzept von Bürger:innenhaushalten an Beliebtheit gewonnen – einerseits als wirksames Mittel gegen Korruption, andererseits als zuverlässig demokratisches Instrument in politisch instabilen Zeiten, beispielsweise in Bolivien, Guatemala, Nicaragua und Peru.³ Seit Ende der 1990er Jahre haben Bürger:innenhaushalte in verschiedenen Formaten in Mittel- und Osteuropa, Asien, Afrika südlich der Sahara, dem Nahen Osten und Nordafrika Fuß gefasst. Im Jahr 2007 wurde der Bürger:innenhaushalt zu einem offiziellen Bestandteil der Regierungspolitik im Vereinigten Königreich.⁴

Am häufigsten werden Bürger:innenhaushalte auf lokaler bzw. kommunaler Ebene eingesetzt, derzeit gibt es jedoch zehn Staaten, die das Konzept der partizipativen Budgetplanung in ihre nationale Legislatur aufgenommen haben, unter anderem Portugal.⁵ Hierbei muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass sich nationale Bürger:innenhaushalte noch in einer Versuchsphase befinden und sich stark von regionalen oder lokalen Bürger:innenhaushalten unterscheiden – umgesetzt wurden in der Vergangenheit zum Beispiel eher immaterielle Projekte, wie beispielsweise Gelder für den leichteren Zugang von Jugendlichen zu Kulturveranstaltungen.⁶ Die beiden geläufigsten Formen der partizipativen Budgetplanung finden auf regionaler bzw. kommunaler Ebene statt, und zwar in Form von Bürger:innenhaushalten bzw. -budgets. Diese beiden Instrumente werden im folgenden Abschnitt genauer definiert.

Das sogenannte Modell von Porto Alegre – also die Vorgehensweise des Bürger:innenhaushalts, wie sie in den ersten Jahren in Porto Alegre angewendet wurde – wird in Porto Alegre selbst nicht mehr in der gleichen Weise praktiziert. Das liegt teils politischen Veränderungen zugrunde und zum anderen daran, dass sich die Einwohner:innen im Laufe der Zeit immer weniger für das Modell engagierten.

3 Nelson, Dias (2014). Hope for democracy: 25 years of participatory budgeting worldwide. pp 33-34.

4 Jackson, Ruth in: Secretariat, Commonwealth. (2011) „Participatory Budgeting in the United Kingdom.“ pp 95-108.

5 Observatory of Public Sector Innovation (2017) via www.oecd-opsi.org/innovations/portugal-participatory-budget/

6 Kunkel, Lena (2018). Participatory Budgeting – Portuguese Style. Interview mit Staatssekretär Graça Fonseca. Centre for Public Impact.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten

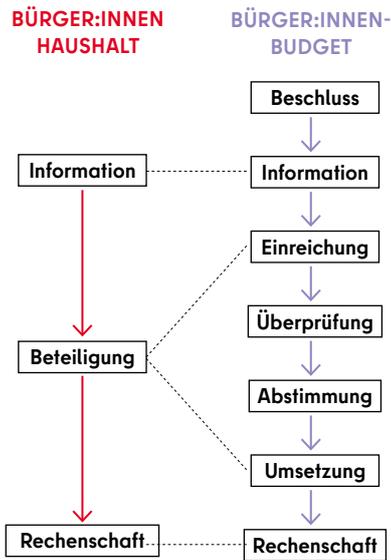


ABB. 1 Die idealtypischen Phasen von Bürger:innenhaushalten bzw. - budgets im Vergleich.

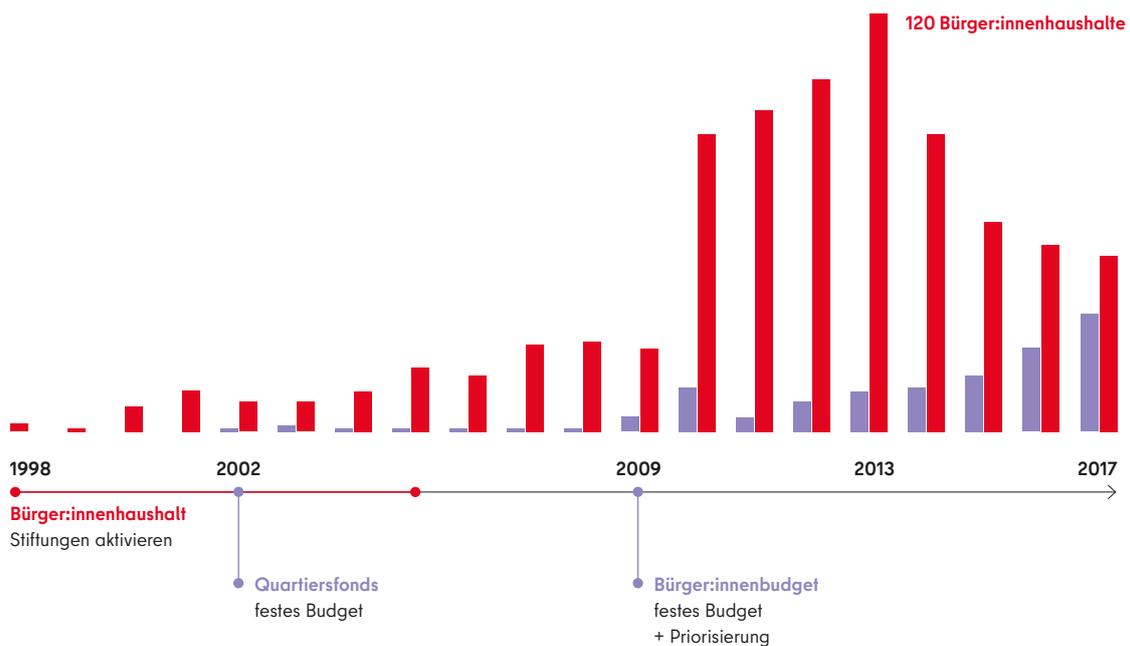
ABB. 2 Anzahl von Bürgerhaushalten, Quartiersfonds und Bürgerbudgets in Deutschland von 1998 bis 2017

Quelle: Vorwerk, Volker (2018). Netzwerk Bürgerbeteiligung 04/2028

Bürger:innenhaushalte und Bürger:innenbudgets unterscheiden sich vor allem in ihrer Ausgestaltung und Umsetzung. **Bürger:innenhaushalte** sind in der Regel breiter angelegt und ermöglichen den Bürger:innen die Mitbestimmung über einen festgelegten Teil des kommunalen Budgets. Sie umfassen oft den gesamten Haushalt und ermöglichen es den Bürger:innen, Vorschläge für Ausgaben und Investitionen zu machen sowie Prioritäten zu setzen. Diese Vorschläge werden dann in einer Phase der Diskussion und Bewertung gemeinschaftlich bearbeitet und in den Haushaltsplan aufgenommen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung (2017)⁷ formuliert drei Kernphasen jedes Bürger:innenhaushalts: In einer Informationsphase werden die Einwohner:innen durch Öffentlichkeitsarbeit über den Haushalt informiert und für den Bürger:innenhaushalt mobilisiert. Während der Beteiligungsphase können sie ihre eigenen Ideen und Prioritäten einbringen, ob nun als „Beratende“, indem sie Vorschläge an Politik und Verwaltung adressieren oder als „Entscheidende“ über ein konkretes Budget. Zentrales Element neben der Einbringung von eigenen Ideen ist der öffentliche Diskurs, zum Beispiel bei Versammlungen oder übers Internet. Abschließend geben in der Rechenschaftsphase die Verfahrensorganisator:innen Auskunft über die Ergebnisse der Beteiligungsphase. Es wird kommuniziert und begründet, welche Ideen der Bürger:innen umgesetzt oder nicht umgesetzt wurden.

Bürger:innenbudgets dagegen sind eher auf bestimmte Bereiche oder Projekte fokussiert. Sie bieten den Bürger:innen die Möglichkeit, über einen festgelegten Geldbetrag oder einen Teil des Haushalts zu entscheiden. Die Vorschläge sind oft projektbezogener und können sich auf spezifische lokale Initiativen oder kleinere Maßnahmen konzentrieren. Bürger:innenbudgets können damit als eine direktdemokratische Form der Projektförderung verstanden werden, da die Entscheidung darüber, welche der eingereichten Anträge umgesetzt werden sollen, oft von



MERKMAL	BÜRGER:INNENHAUSHALT	BÜRGER:INNENBUDGET
Beteiligungsgegenstand	Aufbau eines kommunalen Haushalts	konkrete Projekte in der Kommune
Verankerung / Aufhängung	eng mit dem Prozess der Haushaltsaufstellung verzahnt	eigener Posten im laufenden Haushalt
Thematischer Fokus	tendenziell Großthemen im Mittelpunkt	Fokus liegt stärker auf kleinen, konkreten Projekten
Rolle der Verwaltung im Verfahren	Umsetzungsbeauftragte	ermöglicht bürgerschaftliches Engagement
Entscheidungsmodus	Letztentscheidung über Vorschläge liegt beim Rat	Entscheidung über Vorschläge kann delegiert werden.

ABB. 3 Unterschiede zwischen Bürger:innenhaushalten und -budgets

Quelle: Berlin Institut für Partizipation (2021). Bürgerbudgets in Deutschland. Formen, Bedeutung und Potentiale zur Förderung politischer Teilhabe und bürgerschaftlichen Engagements.

den Bürger:innen selbst in einer öffentlichen Abstimmung getroffen wird. Die sieben idealtypischen Arbeitsphasen eines Bürger:innenbudgets sind nach Definition der Bundeszentrale für politische Bildung: Erstens der Beschluss, mit dem der Gemeinde- bzw. Stadtrat die Umsetzung des Bürger:innenbudgets und die Höhe des jährlich zur Verfügung stehenden Budgets beschließt; zweitens eine Informationsphase, während der Bürger:innen über die Kriterien und Abläufe des Bürger:innenbudgets breit informiert werden; drittens die Phase der Einreichung der Projektideen bei der Verwaltung; viertens die Prüfung der Verwaltung der eingereichten Projektvorschläge und eine fachliche Stellungnahme u.a. hinsichtlich Zuständigkeit, Kosten und Umsetzbarkeit; fünftens eine öffentliche Abstimmungsphase in der Bürger:innen über die eingereichten und gültigen Projektideen abstimmen; sechstens eine Phase der Umsetzung durch Bürger:innen alleine oder zusammen mit der Verwaltung; und siebtens die Rechenlegung, durch die Verwaltung und Bürger:innen über die Mittelverwendung und Projektergebnisse informieren.

Während Bürger:innenhaushalte als Konzept bereits etabliert sind und in Deutschland seit mehr als 20 Jahren praktiziert werden, haben Bürger:innenbudgets vor allem in der jüngeren Vergangenheit an Beliebtheit gewonnen. Das hat auch mit der Kritik an Bürger:innenhaushalten zu tun, dass die Komplexität von Haushaltsfragen viel Eigenmotivation erfordert, und einen Willen, sich in diese Thematik einzuarbeiten.⁸ Doch auch Bürger:innenbudgets erfordern viel Engagement, da die Projektumsetzung durch die Antragstellenden selbst erfolgt. In den vergangenen Jahren lässt sich ein Rücklauf an deutschlandweiten Bürger:innenhaushalten verzeichnen, während die Anzahl von Bürger:innenbudgets stetig zunimmt (siehe Abbildung 1).

Ob es sich bei partizipativen Budgetierungsprozessen um ein direktdemokratisches Instrument handelt ist umstritten, beziehungsweise hängt stark von den Rahmenbedingungen ihrer Durchführung ab. Da das Letztentscheidungsrecht, also die Macht der Entscheidung darüber, welche Vorschläge tatsächlich umgesetzt werden, meist bei der Verwaltung liegt, sind Bürger:innenhaushalte und -budgets oft nicht direktdemokratisch. Nichtsdestotrotz bieten sie eine tiefere und aktivere Form der Teilhabe im demokratischen Prozess, auch dadurch, dass über die Umsetzung der eingereichten Vorschläge Rechenschaft abgelegt werden muss.

8 Wer beteiligt wie? Blog (2021) via www.werbeteiligtwie.de/buergerhaushalte-vs-buergerbudgets-mitreden-oder-mitgestalten-972

MEIN.BERLIN.DE ist die landesweite Plattform, über die Berliner:innen über Projekte der Verwaltung informiert werden und ihre Ideen einbringen können. Sie basiert auf der Open-Source-Software Adhocracy, die von LiquidDemocracy e. V. entwickelt wurde. Aktuell bietet sie ein Modul zur Durchführung von Bürger:innenhaushalten, aus datenschutzrechtlichen Gründen jedoch keins für Bürger:innenbudgets.

MEHR INFO

Mögliche Probleme und Gründe für geringe Bürger:innenbeteiligung im digitalen Raum:

- mangelnder Sachverstand
- zeitlich limitierte Teilnahmemöglichkeiten
- unzureichende Kompetenzen mit digitalen Medien
- Datenschutzbedenken
- fehlende Anonymität
- komplizierte Registrierungsvorgänge bei Online-Beteiligungsverfahren
- geringes Vertrauen in Umsetzung der Vorschläge

Quelle: Zepic et al. (2017). E-Partizipation und keiner macht mit. Das Geheimnis geringer Beteiligungsquoten deutscher Bürgerhaushalte. Springer.

Digitale Entwicklungen

Partizipative Budgetierungsprozesse werden schon lange vorrangig im digitalen Raum durchgeführt. So haben fast alle Städte und Gemeinden ein Portal für Onlinebeteiligung – wie zum Beispiel die Beteiligungsplattform [MeinBerlin.de](#) in Deutschlands Hauptstadt. Die Nutzung von Online-Diensten in diesem Bereich hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Plattformen und Apps ermöglichen es den Bürger:innen, Vorschläge zu machen, Prioritäten zu setzen und an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, ohne bei physischen Versammlungen dabei sein zu müssen. Digitale Werkzeuge für partizipative Haushalte sind bereits seit einem Jahrzehnt im Einsatz, doch die COVID-19 Pandemie hat diese digitale Transformation zusätzlich beschleunigt.

Lockdowns und physische Distanzierungsmaßnahmen zwangen viele Gemeinden, verstärkt auf Online-Plattformen umzusteigen, um die Beteiligung der Bürger:innen aufrechtzuerhalten. Dies führte zu einer verstärkten Nutzung von virtuellen Meetings, Webforen und spezialisierten Apps für Bürgerbeteiligung. Während einige Gemeinden bereits vor der Pandemie auf digitale Lösungen setzten, hat die Krise dazu geführt, dass viele weitere Verwaltungen und Gemeinden diese Instrumente übernommen haben, um Bürger:innenhaushalte durchzuführen. Eine Vorstellung und ein Vergleich verschiedener Anbieter für Online-Entscheidungsfindungen findet sich auf Seite 31.

Digitale Beteiligungsformate bieten zusätzliche Möglichkeiten, gehen aber mit neuen Herausforderungen einher. Sie erlauben es Bürger:innen, unabhängig von Zeit und Ort an Diskussionen und Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Das bedeutet einen Abbau von Barrieren, insbesondere für Menschen, die wenig Zeit haben oder mobil eingeschränkt sind und schlecht an Vor-Ort-Treffen teilnehmen können. Onlinebeteiligung kann Kosten verringern und führt zu einer verbesserten Transparenz durch die Archivierung und Einsehbarkeit sämtlicher Aktivitäten im Netz. Ein weiterer Vorteil liegt in der verstärkten Einbindung von Jugendlichen, die sich oft besser mit digitalen Plattformen identifizieren. Allerdings sind Menschen, die sonst regelmäßig an Präsenzveranstaltungen teilnehmen, in digitalen Foren weniger präsent. Der Zugang zu diesen Plattformen ist nicht für alle gleichermaßen gegeben, da ältere Menschen sowie diejenigen ohne Internetzugang oder mobile Endgeräte ausgeschlossen werden. Dies verschärft Ungleichheiten und schränkt die repräsentative Teilnahme ein.

Es gilt also, eine gute Mischung aus digitalen und analogen Beteiligungsformen zu finden, und je nach Kontext und Ziel der Beteiligung zwischen ihren Vor- und Nachteilen abzuwägen. Viele Kommunen reagieren auf die sogenannte „digitale Kluft“ indem sie zusätzliche Telefon- oder Postdienste einsetzen, oder auf ältere Menschen zugeschnittene Beratungsangebote einrichten, zum Beispiel an öffentlichen Orten wie Bibliotheken oder Nachbarschaftszentren. Die Stadt Köln zum Beispiel führte ihren Bürger:innenhaushalt bis zum Jahr 2017 rein digital durch. Trotzdem wurde hier während der Konsultation ein Bürger:innentelefon eingerichtet und die Möglichkeit zur schriftlichen Einreichung angeboten.⁹

Im folgenden Kapitel werden zur Veranschaulichung der verschiedenen Ausgestaltungsmöglichkeiten von partizipativen Budgetplanungen Beispiele und „Best Practices“ aus Europa, Deutschland und Berlin genauer beleuchtet, und relevante Dienstleister und Tools für ihre Durchführung vorgestellt. Anschließend werden die Potenziale und Chancen, aber auch Herausforderungen von PB zusammengefasst um den theoretischen Teil dieser Studie abzuschließen und in das Fallbeispiel der Kiezassen in Treptow-Köpenick einzusteigen.

Best Practices aus Europa, Deutschland und Berlin

Seine Ursprünge hat die Praxis der partizipativen Budgetplanung außerhalb Europas. Ziel dieser Vergleichsstudie ist es, für die Kiezkassen in Treptow-Köpenick, und damit Berlin, relevante Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen zu ziehen. Zur Eingrenzung und besseren Vergleichbarkeit werden daher nur Beispiele aus Europa und Deutschland genauer vorgestellt. Es soll hier jedoch betont werden, dass im internationalen Vergleich viele „Best Practices“ außerhalb Europas liegen.

Paris

Der Bürger:innenhaushalt in Paris stellt den bisher weltweit größten seiner Art dar. Er zeichnet sich durch sein finanzielles Ausmaß, seine digitale Ausrichtung und den soziopolitischen Kontext einer Stadt aus, die bisher nur wenig Raum für Bürger:innenbeteiligung bot.

In den letzten Jahrzehnten war Frankreich durch verschiedene „demokratieverneinende“ Dynamiken geprägt: sinkende Wahlbeteiligung, politische Schwankungen, Polarisierung und eine kontinuierliche Ablehnung der regierenden Parteien. Das wachsende Misstrauen der „Masse“ gegenüber den „Eliten“, die sie repräsentieren, und das Gefühl, dass staatliche Amtsträger:innen nicht in der Lage sind, ihre Versprechen zu erfüllen, haben zu einer als demokratische Krise bezeichneten Phase geführt. Infolgedessen haben politische Entscheidungsträger:innen auf verschiedenen Ebenen verstärkt die Bürger:innenbeteiligung in den Mittelpunkt gerückt, um das öffentliche Vertrauen wiederherzustellen und den Bürger:innen eine aktivere Rolle in der Regierungsführung und den politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

Der erste Bürger:innenhaushalt der Hauptstadt Paris wurde implementiert, als Bürgermeisterin Anne Hidalgo der französischen sozialistischen Partei im Jahr 2014 ihr Amt antrat. Damals wurde der Prozess als Pilot mit einem relativ geringen Budget durchgeführt. Die Bürger:innen durften zudem lediglich über Projektvorschläge abstimmen, die vom Stadtrat eingereicht wurden. Dennoch waren die Pariser:innen sehr daran interessiert, teilzunehmen: Die Gesamtzahl der Wähler:innen überstieg 40.000. Das Pilotprojekt wurde als Erfolg angesehen und der Prozess entwickelte sich zu einem zentralen stadtweiten Beteiligungsinstrument, das den Pariser Bürger:innen nun mehr Möglichkeiten bietet, sich bei der Zuweisung öffentlicher Mittel einzubringen – auch durch Ideeneinreichungen von Bürger:innen und der organisierten Zivilgesellschaft. Im Jahr 2022 gingen 1.495 Ideen ein und 140.000 Bürger:innen haben sich während der knapp dreiwöchigen Abstimmungsphase eingebracht – sowohl digital als auch analog an einer der 300 dezentral aufgestellten „Wahlurnen“¹⁰

So wurden in Paris von 2014 bis 2020 insgesamt 500 Millionen Euro für stadtweite Projekte und Investitionen im Rahmen des Bürger:innenhaushalts bereitgestellt. Der Bürger:innenhaushalt bietet den Pariserinnen und Parisern die Möglichkeit, über die Verwendung von 5 % des Investitionsbudgets zu entscheiden. Umgesetzt wurden in der Vergangenheit bspw. der Bau von Radwegen, die Sanierung von Pavillons in Parkanlagen, die Einrichtung von Schulgärten und die Aufstellung von abschließbaren Spinden für die persönlichen Gegenstände von Obdachlosen. In Paris ist auch eine sinnvolle Verzahnung der für den Bürger:innenhaushalt entwickelten App „Mon Paris“ mit weiteren bestehenden digitalen Teilnehmungsformaten (z. B. „Dans ma Rue“ und „JeMengage.paris“) zu beobachten, von der Berlin perspektivisch lernen kann.

Fokus auf unterrepräsentierte Gruppen Die Charte du Budget Participatif (Bürger:innenhaushalts-Charta) legt Grundsätze und Regeln für den Bürger:innenhaushalt fest. So können zum Beispiel alle, die in Paris wohnen, „egal welcher Staatsangehörigkeit“ und auch Kinder ab 7 Jahren, eine oder mehrere Ideen einreichen und bewerten. Diese Ideeneinreichung kann über das gesamte Jahr geschehen. Die Ideen werden bevor sie zur Abstimmung freigegeben werden durch die Verwaltung geprüft, unter anderem auf das Kriterium, ob sie weder Solidaritäts- noch Nachhaltigkeitszielen vor dem Hintergrund der Klimakrise entgegenstehen.

Eine vielerorts unterrepräsentierte Gruppe bei PB Prozessen sind Kinder und Jugendliche, obwohl diese den debattierten (Stadt-)raum von allen Personengruppen am längsten erleben werden. Durch aufsuchende Information und das Aufstellen von Wahlurnen an Schulen gelang es Paris, dass etwa die Hälfte der über 140.000 Stimmen in der Abstimmungsphase im Jahr 2022 von Schüler:innen kamen. So lässt es sich auch erklären, dass es sich bei den Gewinnerprojekten vor allem um Projekte handelt, die sich an Kinder richten. Auch die Begrünung von Parks und Gärten profitiert durch die Gewinnerprojekte. Weiterhin verlangt die Charte du Budget Participatif, dass die Stadtbezirke bei der Information und Mobilisierung von Akteuren insbesondere auf Arbeiterviertel und Jugendliche achten. So erzielt Paris eine relativ gute Quote von Projektumsetzungen in Arbeitervierteln.

DansMaRue: Die App erlaubt es Bürger:innen, mit wenigen Klicks Mängel im Straßenumfeld zu dokumentieren und der Verwaltung zu melden. Die Einreichenden werden dann in der App über die Bearbeitung ihrer Meldung informiert.

JeMengage.paris: Eine Plattform, die Personen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten mit Vereinen verbindet, die auf der Suche nach Freiwilligen sind.

ABB. 4 Screenshot der Pariser Beteiligungsplattform „Décider pour Paris“ (www.decider.paris.fr)

The screenshot shows the 'Décider' website interface. At the top, there is a navigation bar with the Paris logo and several menu items: 'Comment ça marche?', 'Les idées citoyennes', 'Les consultations de la Ville', 'J'ai une idée pour le Budget Participatif!', and a search bar labeled 'Rechercher'. The main banner area has a dark blue background with the text 'Vous aussi, décidez pour Paris?' and 'Voir les idées dans' followed by a dropdown menu showing 'Tous les arrondissements' and a 'Je découvre' button. A lightbulb icon is also present. Below the banner, the section 'Les idées citoyennes' is displayed, containing four proposal cards. Each card includes a location (e.g., '15ème / Environnement'), a title (e.g., 'Végétaliser la place d'Alleray (Paris 15)'), the proposer's name (e.g., 'Proposée par CHARLES-HENRI'), the year ('Budget Participatif 2024'), and a 'Je découvre l'idée' button. The number of supporters is shown as '0 soutiens /1500' for each proposal.

Transparenz und Berichterstattung Paris verpflichtet sich in der Bürger:innenhaushalts-Charta, alle jemals als Bürger:innenhaushalt-Projekt umgesetzten oder sich gerade in der Umsetzung befindlichen Projekte transparent auf der Beteiligungsplattform „Décider pour Paris“ und auf der Open Data Plattform “Paris Data” (inkl. der Möglichkeit zur dynamischen Datenvisualisierung) darzustellen.¹¹ Dazu gibt es bei Ersterer eine übersichtliche Kartenansicht sowie eine Liste, für die per Jahr, Thema, Ort oder Phase der Umsetzung gefiltert werden kann. Zusätzlich können nur die Projekte in beliebigen Vierteln oder Projekte mit Aspekten zur Barrierefreiheit angezeigt werden. Außerdem wird nach jedem abgeschlossenen Bürger:innenhaushalt eine Online-Mitteilung veröffentlicht, in der Daten zur Beteiligung genannt und vereinzelte Gewinnerprojekte vertieft vorgestellt werden.

Diese transparente Art der Darstellung kann auch ein wirksames Öffentlichkeitsarbeitsmittel sein, indem interessierte Bürger:innen sehen, was alles förderfähig und möglich ist und nach Ansicht der Karte evtl. sogar einzelne umgesetzte Projekte besuchen. Zusätzlich können sie potenziell dazu motiviert werden, sich im nächsten Bürger:innenhaushaltsprozess selbst einzubringen. Außerdem werden durch diese Offenlegung bestenfalls oben angesprochene Skepsis und Misstrauen gegenüber Regierung und Verwaltung reduziert.

Generell ist die Onlinedarstellung des Pariser Bürger:innenhaushaltes sehr übersichtlich und eingängig. Sobald man das Portal “Décider pour Paris” öffnet, findet man bereits eingereichte Ideen, eine ausführliche Beschreibung dazu, wie der Bürger:innenhaushalt funktioniert und erneut eine exemplarische Darstellung bereits umgesetzter Projekte aus den anderen Jahren.

Helsinki

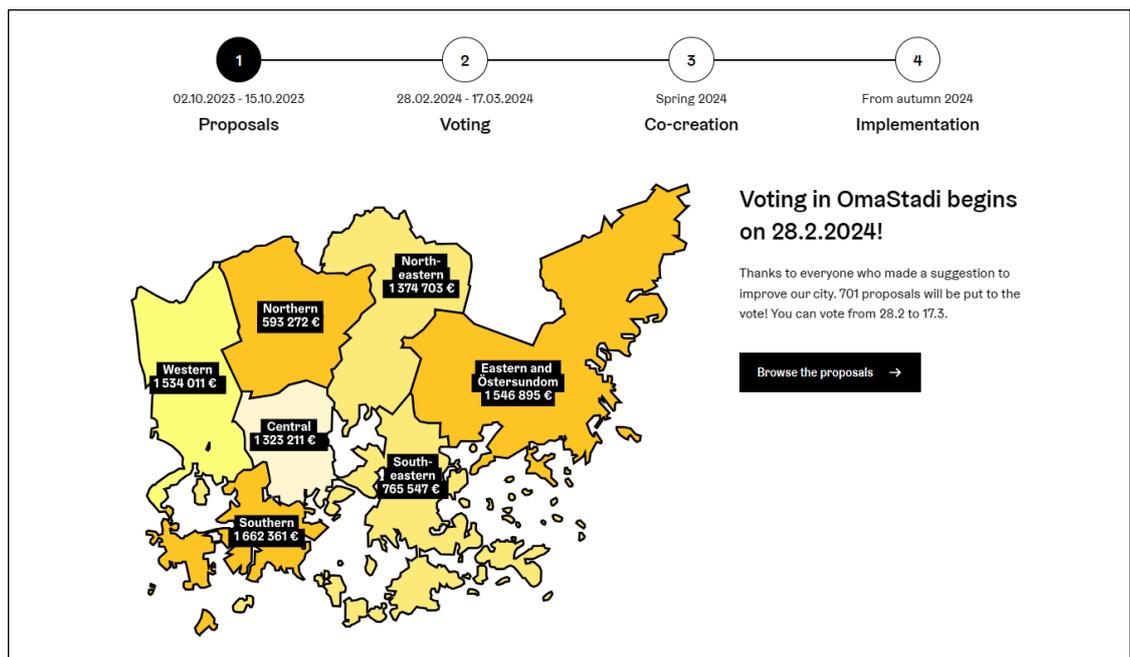
Ein besonders bemerkenswertes Beispiel für die Einführung eines digitalen Bürger:innenhaushalts mit inklusivem Ansatz für die Beteiligung diverser Gruppen ist das Projekt „OmaStadi Helsinki“¹² in der Hauptstadt Finnlands, dessen digitale Plattform auf **DECIDIM** basiert. Im Rahmen von OmaStadi steht es Bürger:innen, auch Kindern, offen, Vorschläge einzureichen. Personen ab 12 Jahren ist es darüber hinaus erlaubt, über die Vorschläge abzustimmen. Weiterhin unterscheidet sich das Vorhaben insofern von vielen vergleichbaren Prozessen, indem die Stadtverwaltung die Entwicklung und das Management komplett ohne die Beauftragung von Nichtregierungsorganisationen durchführt. Das Projekt verfolgt einen Netzwerkansatz, indem es auf eine Reihe von Kontaktpersonen in den Bezirken, zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen und Unternehmen zurückgreift, die der Stadt Helsinki unterstehen und sowohl bei der Bewerbung als auch bei der Zusammenarbeit mit den Bürger:innen und Unternehmen behilflich sind.

Innerhalb des ersten Piloten (2018-2022) kamen innerhalb weniger Monate 1.274 Vorschläge zusammen. Mit einer Gesamtsumme von 4,4 Millionen Euro umfasste das Volumen des Bürger:innenhaushalts etwa 0,1 % des städtischen Haushalts. Diese Summe wurde erneut in acht verschiedene Budgets aufgeteilt: eines für Projekte mit gesamtstädtischem Bezug, sowie sieben Budgets für die Stadtbezirke, deren Höhe sich nach der Einwohnerzahl des Bezirks richtet. Die gesammelten „Small Scale Projects within the Neighborhood“, also Projekte auf Nachbar-

DECIDIM ist eine Open-Source Plattform für bürger:innennahe Entscheidungsfindung. Weitere Informationen über Decidim und andere Bürger:innenbeteiligungsplattformen folgen auf Seite 30-31.

11
12

La Charte du Budget Participatif www.decider.paris.fr/bp/jsp/site/Portal.jsp?page_id=16
www.omastadi.hel.fi



schaftsebene, sollten das Gemeinschaftsgefühl stärken und das Zusammenleben vor Ort verbessern. Aus den knapp 1.300 Ideen wurden ca. 800 Ideen für die Vorschlagsphase zugelassen. In einem dezentralen Ansatz wurden dann im Rahmen von Bezirksworkshops die Vorschläge diskutiert, verschiedenen Themenkategorien zugeordnet und Synthesen zwischen sich ähnelnden Projekten gebildet, sodass ca. 350 Ideen auf der OmaStadi Website eingetragen wurden. Die anschließende Kostenkalkulation der Projekte wurde intern durch Fachämter vollzogen.

Anschließend folgte die Abstimmungsphase. Bürger:innen ab 12 Jahre konnten für mehrere Vorschläge stimmen, bis zur maximalen für ihren Bezirk zugewiesenen Budgetgrenze sowie für Projekte, die die gesamte Stadt betrafen. Während der Abstimmungsphase wurden 44 Pläne ausgewählt. Deren Umsetzung begann Anfang 2020. Die Antragsteller:innen waren durch Workshops zur Projektumsetzung („Starttiraksa“) in die Umsetzung involviert, wobei die Bezirksansprechpartner:innen erneut mit Bürger:innen und Expert:innen zusammenarbeiteten. Die Stadt Helsinki führte außerdem einen Echtzeit-Implementierungsverfolgungsdienst auf der OmaStadi-Plattform ein, der den Fortschritt in Prozent zeigte und Updates für jedes Projekt bereitstellte.

Der Einbezug von Zivilgesellschaft und Kulturvereinen Neben der allgemeinen Aufforderung der Stadt Helsinki an alle Bewohner:innen, Vorschläge einzureichen und sich einzubringen, wurde ein besonderes Augenmerk auf die Integration von marginalisierten bzw. oftmals unterrepräsentierten Gruppen gelegt. Während des Pilotzeitraums von 2018 bis 2020 wurden über 250 Veranstaltungen organisiert, die darauf abzielten, die Beteiligung dieser Bevölkerungsgruppen zu stärken. Viele dieser Veranstaltungen wurden in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen mit unterschiedlichem kulturellem Bezug sowie migrantischen Selbstorganisationen durchgeführt. In der Abstimmungsphase des Bürger:innenhaushalts beteiligten sich schließlich 49.705 Menschen, was einer Wahlbeteiligung von 8,6 % entspricht.¹³ Aufgrund der intensiven Begleitung und Überwachung durch die Verwal-

ABB. 5 Screenshot der OmaStadi-Webseite (www.omastadi.hel.fi)

tung während des gesamten Prozesses wird von einem Paradigmenwechsel (“New School Participatory Budgeting”) gesprochen: In Helsinki liegt der Fokus mehr auf Beteiligung und der Bildung bürgerschaftlichen Engagements als auf größeren legislativen und sozialen Veränderungen. Diese starke Kontrolle durch die Stadtverwaltung als zentrales Organ weicht von dem Hauptgedanken des eher linksgerichteten Porto Alegre Modells (“old school”, ebd.), Macht und Ressourcen außerhalb der üblichen gesetzlichen Prozesse umzuverteilen, ab. Auch wenn OmaStadi Bürger:innenbeteiligung und Einflussnahme durch die Bürger:innen einschloss, unterlag es letztlich einer starken Kontrolle und Überwachung durch die Stadt Helsinki.

Gamification in der analogen Ideensammlung Ein interessanter Ansatz des Projekts war die Verwendung von Kartenspielen bei den besagten Veranstaltungen, die die Bürger:innen auf die Vorschlagsphase vorbereiteten. Diese Spiele hatten das Ziel, den Prozess weniger wie eine bürgerschaftliche Pflicht wirken zu lassen und stattdessen eher wie eine unterhaltsame Aktivität, die man mit Freund:innen oder Nachbar:innen unternimmt. Dadurch wurden die Bürger:innen spielerisch an das Beteiligungsinstrument herangeführt und Hemmschwellen, sich kreativ in die Ideeneinreichung einzubringen, abgebaut. Um noch auf einen weiteren Weg sicherzustellen, dass die Wünsche und Anliegen aller Teile der Gesellschaft im Prozess vertreten sind, auch wenn diese leisere Stimmen haben oder gar nicht teilnahmen, wurden im Rahmen dieser Kartenspiele auch “Personas” erstellt. Diese dienten dazu, die verschiedenen Nutzer:innen und Stadtbewohner:innen im Blick zu behalten und ihre Bedürfnisse und Perspektiven angemessen zu berücksichtigen.

Das Spiel wies auch auf Leitlinien der Stadt hin und bot Hilfestellungen anhand von Beispielen für verschiedene Projektkategorien, wie beispielsweise Spielplätze oder Parkbänke. Diese Skalierungsbeispiele halfen den Bürger:innen, realistische Vorstellungen von den Kosten der Projekte zu bekommen. Bis heute listet die Stadt Helsinki in dem umfassenden FAQ rund um den digitalen Bürger:innenhaushalt exemplarische Kosten, z. B. “Sommerblumenbepflanzung: 1.600–2.500 Euro (je nach Behälter) inklusive Bewässerungssystem und Bewässerung”¹⁴ auf.

Die Ideen, die im Verlauf des Spiels entstanden sind, wurden schließlich auf der Plattform für partizipativen Haushalt eingereicht. Dieser innovative “Gamification”-Ansatz von OmaStadi zeigt, wie digitale Plattformen und kreative Herangehensweisen die Bürgerbeteiligung fördern können, indem sie den Prozess ansprechend, unterhaltsam und inklusiv gestalten.

Hervorzuheben an den Fällen Paris und Helsinki ist die aufwändige Gestaltung der Prozesse durch die Stadtverwaltungen. Im OmaStadi-Prozess wurde vor allem auf die Bedeutung vielfältiger Kommunikationswege zwischen Teilnehmenden und Organisator:innen geachtet, zum Beispiel durch ein Einsatz von eigens angestellten städtischen Ansprechpersonen als zentrale Kontaktperson für jeden Stadtbezirk, die sowohl online als auch offline Kontakt zu den Bürger:innen hielt und bei Problemen unterstützte. Beide Städte legten großen Wert auf die proaktive Ansprache marginalisierter Gruppen mittels Multiplikator:innen-Ansatz und bemühten sich insbesondere um die Einbindung von Kindern und Jugendlichen. Durch längere Beteiligungszeiträume konnten mehr Bürger:innen erreicht und eingebunden werden, und es wurde eine gute Mischung aus analogen und digitalen Methoden gewählt.

Deutschland

Seit der Jahrtausendwende gewinnen Bürger:innenhaushalte auch in Deutschland an Popularität. Erstmals praktisch umgesetzt wurde die Idee im Rahmen des bundesweiten Netzwerks „Kommunen der Zukunft“ (1998-2002) sowie im Pilotprojekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ in Nordrhein-Westfalen (2000-2004). Im Gegensatz zum sozialpolitischen Ansatz der Quartiersentwicklung in Porto-Alegre war das Vorbild für frühe deutsche Bürger:innenhaushalte das Modell der neuseeländischen Stadt Christchurch. In diesem Modell steht die Modernisierung und Effizienzsteigerung politisch-administrativer Prozesse durch die Einbeziehung von Bürger:innen in bereits bestehende Verwaltungsstrukturen im Vordergrund. Nichtsdestotrotz engagierten sich Akteure wie zum Beispiel die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), aber auch der Verein KATE e. V. für einen Wissenstransfer mit Vertreter:innen aus Porto Alegre. Die BpB ist auch heute noch treibende Kraft für die Vernetzung, Information und Forschung im Bereich Bürger:innenhaushalte und -budgets in Deutschland. Seit 2016 wirkt das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) als Kooperationspartner im von der BpB gegründeten Netzwerk Bürgerhaushalt, der zentralen Anlaufstelle in Deutschland zu Fragen rund um Bürger:innenhaushalte, mit.

In Deutschland haben heute vier von 16 Bundesländern das Instrument der Bürger:innenhaushalte auch legislativ verankert: Nordrhein-Westfalen (seit 1950), Rheinland-Pfalz, Berlin (in neun von zwölf Bezirken) und Sachsen. Insgesamt gibt es laut dem Participatory Budgeting World Atlas (2020/2021) 140 Bürger:innenhaushalte in Deutschland, von denen alle die lokale Haushaltsebene betreffen. Die Corona-Pandemie sorgte dafür, dass etwa ein Zehntel der existenten Bürger:innenhaushalte pausierten, während mehr als die Hälfte normal unter pandemischen Bedingungen weiter operierten und 30 % digitalisiert wurden.

Bürger:innenhaushalt Stuttgart Der Bürger:innenhaushalt der Stadt Stuttgart (Baden-Württemberg, 610.000 Einwohner) ist zehn Jahre alt. Neben Berlin-Lichtenberg, Trier und Hilden erzielt er mit etwa 9 % die mit höchsten Beteiligungsquoten deutschlandweit. Zur Einordnung: Als ausreichend oder gut wurden in einer repräsentativen Studie und Befragung von neun deutschen Kommunen, abhängig vom jeweiligen Verfahren, Beteiligungsquoten zwischen 0,4 % und 15 % der Bevölkerung angenommen.¹⁵

Alle zwei Jahre haben die Bürger:innen Stuttgarts ab Januar die Möglichkeit, Vorschläge für den Haushalt der Stadt und ihrer 23 Stadtbezirke einzureichen. Diese Einreichungen können online, per Brief oder telefonisch erfolgen. Ein Steuerungsausschuss und die örtliche Behörde überprüfen die Vorschläge auf Duplikate und stellen sicher, ob sie in den Zuständigkeitsbereich der Stadt fallen. Im März haben die Bürger:innen Stuttgarts die Möglichkeit, die Vorschläge entweder online oder schriftlich zu bewerten. Die Verwaltungsbehörde prüft dann den Inhalt der besten 120 Vorschläge, und der Stadtrat entscheidet, welche umgesetzt werden.

Im Jahr 2017 wurden 3.457 Vorschläge eingereicht, von denen die Bürger:innen gebeten wurden, 2.664 zu bewerten. Rund 52.000 Bürger gaben etwa drei Millionen Bewertungen und 12.000 Kommentare ab. Etwa die Hälfte der besten 120 Vorschläge wurde vom Stadtrat berücksichtigt. Zu den genehmigten Ideen gehörten beispielsweise Kunstrasen für einen Sportplatz,

15

Zepic R, Dapp M, Krmar H (2017): E-Partizipation und keiner macht mit. Das Geheimnis geringer Beteiligungsquoten deutscher Bürger:innenhaushalte.

ein Pavillon für mobile Jugendarbeit und eine Machbarkeitsstudie für eine Surfwelle auf dem Neckar. Der Bürger:innenhaushalt in Stuttgart wurde von [buergervwissen](#) umgesetzt und gilt als der erfolgreichste Online-Bürger:innenhaushalt deutschlandweit.¹⁶ Dafür vereinfachte Stuttgart die Einreichung von Ideen, gestaltete die arbeitsintensive Machbarkeitsüberprüfung neu und gestaltete den ehemals recht starren Beteiligungsprozess nutzer:innenfreundlicher. Die Stadt arbeitet bei der generellen Entwicklung des Beteiligungsinstruments mit einem unabhängigen Arbeitskreis zusammen.

Good Practice:

- Doppelungen werden durch Steuerungsausschuss zusammengefasst (Konkurrenzen werden minimiert)
- Voting-System nicht zeitgebunden, sondern online bzw. schriftlich (Orts- und Zeitunabhängigkeit; Ruhe zur Auseinandersetzung mit den Projektideen)

Dormagen Für das Jahr 2022 stellte die Stadt Dormagen 100.000 Euro für das Bürger:innenbudget zu Verfügung.¹⁷ Am 30. März 2023 hat der Stadtrat beschlossen, das Bürger:innenbudget in Dormagen fortzusetzen, aufgrund der angespannten Haushaltslage dafür im Jahr 2023 jedoch nur eine Gesamtsumme von 25.000 Euro bereitzustellen. Dieser Betrag soll dazu dienen, Bürgerinnen und Bürger sowie Vereine bei der Umsetzung eigener Ideen und Projekte zu unterstützen, die zur Verschönerung der Stadt beitragen und das Zusammenleben verbessern.

Die geförderten Projekte können sowohl kleine Maßnahmen als auch umfangreichere Aktionen sein, wobei die maximale Förderungssumme bei 10.000 Euro liegt. Die Voraussetzung für die Förderung ist, dass die Initiatoren die Planung und Umsetzung selbst übernehmen, wobei eine Vollfinanzierung der Kosten möglich ist. Die Projekte dürfen keine spezifischen Gruppen bevorzugen und dürfen keine erheblichen Folgekosten für die Stadt verursachen. Des Weiteren werden 5.000 Euro aus dem Bürger:innenbudget für Projekte mit Kindern und Jugendlichen zur Verfügung gestellt (im Jahr 2022 war es die vierfache Summe). Hierbei werden insbesondere Schulen, Jugendeinrichtungen und Vereine mit Jugendabteilungen angesprochen. Auf einer digitalen Plattform, die auf [CONSUL](#) basiert und durch einen technischen Dienstleister modifiziert wurde, sind die Projektideen übersichtlich und teils mit Kostenplan versehen für alle einsehbar. Angemeldete User:innen können ebenfalls kommentieren und abstimmen. Es ist ersichtlich, dass sowohl Vorschläge von Privatpersonen, als auch von Vereinen eingehen. Für die Projekte aus dem letzten Jahr hat die Kommune eine Unterteilung in die Kategorien “durchführbar”, “nicht durchführbar” oder “noch nicht definiert” vorgesehen.

Good Practice:

- Gewisse Summe wird für Kinder und Jugendliche reserviert (Konkurrenz bzw. Missverhältnis zwischen eloquenten Träger:innen, Bürger:innen und Kindern wird aufgehoben)
- Direkte Ansprache von zivilgesellschaftlichen Multiplikator:innen (Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit und Informationslage)
- Deckelung des Maximalbetrags (falls nicht genug Projektanträge eingehen, können Projekte keine “Gewinn-Monopole” ausbilden)

[CONSUL](#) ist eine Open-Source Plattform für bürger:innennahe Entscheidungsfindung. Weitere Informationen über CONSUL und andere Bürger:innenbeteiligungsplattformen folgen auf Seite 30-31.

¹⁶ buergervwissen wurde u.a. von Volker Vorwerk, einem führenden Experten zum Thema partizipativer Budgetplanung in Deutschland, gegründet.

¹⁷ Stadtbäumer, Till (2022). Ein digitales Bürgerbudget für Dormagen. Interview mit Bürgermeister Erik Lierenfeld. [Mehr Demokratie e.V.](#)

Berlin

Hintergrund Zeitgleich zu den Anfängen des Diskurses rund um Bürger:innenhaushalte in Deutschland um das Jahr 2000 – und vor dem Hintergrund einer starken Verschuldung der Hauptstadt und einem damit einhergehenden Spardruck – bildete sich in Berlin ein breites Bündnis aus verschiedenen Gruppen der alternativen stadtpolitischen Szene, das einen Bürger:innenhaushalt für Berlin forderte. Parallel führte eine Arbeitsgruppe “Bürgerhaushalt Berlin” Gespräche mit allen parteinahen Stiftungen und Entscheidungsträger:innen in Politik und Verwaltung auf Landes- und Bezirksebene.¹⁸ Auch die Bundeszentrale für politische Bildung wurde einbezogen. Die Idee war es, zunächst für den Bezirk Mitte einen Bürger:innenhaushalt zu schaffen. Der Bezirk praktizierte zu dem Zeitpunkt bereits eine relativ transparente Offenlegung des Bezirkshaushalts auf der Bezirkswebseite (“Open Budget”).

Das Vorhaben des Bürger:innenhaushalts in Mitte scheiterte, weil der politische Rückhalt im Bezirk fehlte. Der Rat der Berliner Bürgermeister:innen empfahl daraufhin die Bezirke Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg für die Erprobung dieses neuen Beteiligungsinstrumentes. Ihr Auftrag war es, ein Bürger:innenhaushaltskonzept zu erarbeiten, das sich von bisherigen Beteiligungsmethoden abhebt und explizit Menschen anspricht, die sich bisher nicht beteiligen.¹⁹

Alle Bezirke Berlins haben mindestens einmal einen Bürger:innenhaushalt oder eine Form des Stadtteilbudgets genutzt.²⁰ Manche Bezirke nutzen beide Instrumente, andere haben vom einen zum anderen gewechselt. Aktuell laufende PB-Maßnahmen der Bezirke sind in Abbildung 6 (S. 24) zusammengefasst. Die meisten Ausgaben der Berliner Bezirke sind durch rechtliche Verpflichtungen gebunden. So entfielen im Jahr 2010 in Lichtenberg beispielsweise von den insgesamt 640 Millionen Euro des gesamten Bezirkshaushaltes lediglich 38 Millionen Euro auf “steuerbare” Leistungen. Letztendlich liegt es in der Entscheidungsgewalt der jeweiligen Bezirksverordnetenversammlung, wie hoch die Mittel sind, über die im Rahmen von partizipativen Budgetplanungen mitentschieden werden kann.

Ein landesweiter Beteiligungshaushalt, ähnlich des Vorbilds von Paris oder Helsinki, war geplant um die bestehenden Bürger:innenhaushalte der Bezirke nicht etwa zu ersetzen, sondern sinnvoll zu ergänzen. Das Konzept für den Berliner Beteiligungshaushalt wurde von der Senatsverwaltung für Finanzen in Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei und bezirklichen Vertretern entwickelt.²¹ Das Abgeordnetenhaus kündigte im Sommer 2022 an, dafür 25 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Das 29-seitige Konzept war im Herbst 2021 von der damaligen Koalition aus SPD, Grünen und Linken verabschiedet worden. Kürzlich hat die schwarz-rote Koalition das Projekt gestrichen. Unter Berufung auf eine „veränderte Prioritätensetzung“ und die angespannte Haushaltssituation wird das Projekt aktuell (Stand Januar 2024) nicht weiterverfolgt.²²

Auch vor diesem Hintergrund kommt den bezirklichen partizipativen Budgetierungsinstrumenten eine besondere Bedeutung zu. Der folgende Abschnitt gibt eine Übersicht der verschiedenen partizipativen Budgetplanungen der Bezirke und stellt drei Beispiele genauer vor.

Das Open-Budget-Prinzip zielt darauf ab, der Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, den Haushaltsprozess zu verstehen, zu überwachen und zu beeinflussen. Das Prinzip umfasst die Veröffentlichung von detaillierten Haushaltsdaten in leicht verständlicher Form, die Bereitstellung von Informationen über geplante Ausgaben und Einnahmen, die Offenlegung von Finanzierungsquellen und die Darstellung von Budgetprioritäten und -zielen sowie die Einbindung der Öffentlichkeit in den Haushaltsprozess, beispielsweise durch Konsultationen und Bürgerbeteiligung.

18 Brangsch (2006). Weshalb? Wieso? Warum? Argumente für den Bürgerhaushalt. [Kommunalpolitisches Forum e. V.](#)
 19 Sintomer, Y., Herzberg, C., & Röcke, A. (2009). Der Bürger:innenhaushalt in Europa - eine realistische Utopie? Zwischen Partizipativer Demokratie, Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit. Springer-Verlag.
 20 Vorwerk, Volker (2017). Formate des Bürgerhaushalts. Präsentation. Buergerwissen via [Bundeszentrale für politische Bildung](#).
 21 Pressemitteilung vom 07.09.2021: „Landesweiter Beteiligungshaushalt: Senat stellt Konzept zur Einführung für 2023 vor“. [Senatskanzlei Berlin](#).
 22 Nowakowski, Gerd (Oktober 2023). Schwarz-Rot streicht geplanten, landesweiten Bürgerhaushalt. [Tagesspiegel](#).

	BEZIRK	NAME	UMFANG	ANTRAG
BÜRGER:INNENHAUSHALT	Lichtenberg	Bürgerhaushalt Lichtenberg	k.A.	Vorschläge können direkt über die Webseite eingereicht und dort kommentiert bzw. votiert werden.
	Marzahn-Hellersdorf	Bürgerhaushalt Marzahn-Hellersdorf	200.000 € pro Jahr	Über MeinBerlin.de
	Neukölln	Bürgerhaushalt Neukölln (Vorschlagsphase abgeschlossen)	k.A.	Über MeinBerlin.de
	Pankow	Bürger:innenhaushalt Pankow (Vorschlagsphase abgeschlossen)	k.A.	Über MeinBerlin.de
	Spandau	Bürgerhaushalt Spandau	k.A.	Über MeinBerlin.de, zusätzlich Möglichkeit der Ideeneinreichung via Flyer
BÜRGER:INNENBUDGET	Friedrichshain-Kreuzberg	Stadteilkasse Friedrichshain-West	26.000 €, max. 2600€ pro Projekt	PDF-Antragsformular ist postalisch an das Stadteilzentrum zu richten
	Lichtenberg	Kiezfonds Lichtenberg	169.000 € (13 x 13.000€ pro Stadtteil), max. 1000 € pro Projekt	Antrag kann digital über die Webseite des Bürger:innenhaushalts oder in den jeweiligen Kiezfonds-Geschäftsstellen eingereicht werden. Über Bewilligung entscheidet Bürger:innenjury
	Marzahn-Hellersdorf	Stadteilbudget „Mach ma wai“	36.000 € (4.000 € pro Bezirksregion)	Vorschläge werden über MeinBerlin.de eingereicht und erst nach Bewertung, Prüfung, Bewilligung und Bekanntgabe der geförderten Vorhaben wird über die Gebietskoordinator:innen das Antragsformular versandt, das dann ausgefüllt ans Bezirksamt zurück muss
	Mitte	Stadteilkassen (Moabit Ost, Parkviertel, Brunnenstraße Süd, Regierungsviertel, Wedding Zentrum, Brunnenstraße Nord, Alexanderplatz, Tiergarten Süd, Moabit West)	Je 5.000 € pro Jahr und max. 500€ pro Projekt pro Bezirksregion	PDF-Antragsformular per Mail oder postalisch einzureichen
	Tempelhof-Schöneberg	Regionalkasse	72.000 € für 2024/2025, max. 3000 € pro Projekt	Antragsvorlage über OE SPK erhältlich, zusätzlich erforderliche Veröffentlichung der Projektidee auf MeinBerlin.de
	Treptow-Köpenick	Kiezkassen	100.000 € pro Jahr, verteilt auf 20 Stadtteile je nach Einwohnenden	PDF-Antragsformular per Mail oder postalisch einzureichen, alternativ oder zusätzlich Veröffentlichung auf MeinBerlin.de

ABB. 6 Überblick von partizipativen Budgetplanungsinstrumenten in Berlin

HINWEIS:

Umsetzung, Umfang und Antragsbedingungen der verschiedenen PB-Maßnahmen der Bezirke können sich ändern und sind in der vorliegenden Tabelle evtl. nicht aktuell oder vollständig abgebildet.

Bürger:innenhaushalt Lichtenberg Im Bezirk Lichtenberg wurde 2005 der erste Berliner Bürger:innenhaushalt durchgeführt und gilt seitdem deutschlandweit als Leuchtturmprojekt, nicht zuletzt durch seine frühe digitale Ausrichtung.²³ Unter Federführung der Bundeszentrale für politische Bildung wurde das Konzept für einen Bürger:innenhaushalt entwickelt, das seit seiner erfolgreichen Erprobungsphase fest verankert ist und durch die Bezirksverwaltung wiederholt angepasst und weiterentwickelt wurde.

In Lichtenberg können ganzjährig Ideen zu vorab definierten Themenkategorien eingebracht werden. Ideen können Menschen einreichen, die in Lichtenberg wohnen oder arbeiten. Das Konzept in Lichtenberg sieht vor, dass über die Reihenfolge der eingebrachten Projektvorschläge auf drei verschiedenen Wegen abgestimmt wird: durch Bürger:innenversammlungen, im Internet oder schriftlich. Zusätzlich erhalten zufällig ausgewählte Haushalte (einst 25.000 und damit 10 % aller Lichtenberger) per Post ausgewählte Einladungen zur Teilnahme. Jede:r Bürger:in erhält fünf Stimmen in Form von Klebepunkten, die nach Belieben auf die Vorschläge verteilt werden können. Dadurch kann ein Vorschlag alle Stimmen erhalten oder nur einige davon, und in diesem Fall können auch noch andere Vorschläge Unterstützung bekommen. Dadurch kann sogar verglichen werden, wie ein Vorschlag durch die verschiedenen Methoden der Versammlung, des Internets und der Briefwahl bewertet wurde. Die Einreichung von Vorschlägen ist jederzeit – über das gesamte Jahr – per E-Mail, Post oder persönlich im Bürgeramt möglich.

Besonders hervorzuheben ist die übersichtliche digitale Darstellung der eingereichten Anträge auf einer interaktiven Karte, auf der die Vorschläge von Bürger:innen gesammelt und dann von den zuständigen Fachämtern bearbeitet werden. In Form eines Ampelsystems wird der Bearbeitungsstand angezeigt (abgelehnt, umgesetzt, in Bearbeitung) und Stellungnahmen bzw. Weiterleitungen der Ämter werden transparent einsehbar zu den Vorschlägen veröffentlicht.

Dieser offene Umgang mit den Vorschlägen seitens der Fachämter hat Vorbildcharakter. Während bei anderen Bürger:innenhaushalten die Bezirkspolitik oft nicht nachvollziehbar darüber entscheidet, welche Vorschläge umgesetzt werden, wirkt Lichtenberg sehr engagiert darin, die Antragsstellenden „auf dem Laufenden“ zu halten. Als einziger der Bezirke weicht Lichtenberg mit seinem Bürger:innenhaushalt von der offiziellen Beteiligungsplattform MeinBerlin.de ab und hostet den Bürger:innenhaushalt auf einer eigens dafür angelegten Open Source Website. So können Funktionen, die bei MeinBerlin.de fehlen, flexibel hinzugefügt und ohne viel Aufwand erprobt werden.

Bürger:innenhaushalt Marzahn-Hellersdorf Auch Marzahn-Hellersdorf ist berlin- und deutschlandweit Vorreiterin in Sachen Bürger:innenhaushalt. Bereits seit 2006 werden Bewohner:innen dazu aufgerufen, sich an der Haushaltsgestaltung zu beteiligen. Insgesamt können sie über eine Gesamtsumme von 200.000€ jährlich mitentscheiden. Im Rahmen eines partizipativen Prozesses wurden Ideen gesammelt, welche Projekte in den Haushalt für 2024/25 aufgenommen werden sollten. Einzige Vorgabe: Die eingereichten Vorschläge dürfen die Summe von 20.000 Euro nicht überschreiten und müssen in den Zuständigkeitsbereich des Bezirksamts fallen. Dabei kamen im vergangenen Winter 119 Vorschläge zusammen, über die dann für den Zeitraum von knapp einen Monat abgestimmt werden konnte.

Die zuständigen Fachämter des Bezirksamtes haben die Vorschläge auf Umsetzung und Kosten geprüft und drei Kategorien entwickelt:

- Kategorie A: Projektsumme bis 20.000 Euro und Zuständigkeit beim Bezirksamt (“Bürger:innenbudget”)
- Kategorie B: Projektsumme über 20.000 Euro; werden ggf. in reguläre Haushaltsberatungen und Investitionsplanungen aufgenommen
- Kategorie C / “Vorschläge an Dritte”: Ideen, für die das Bezirksamt nicht zuständig ist, sondern beispielsweise der Senat, die Post oder die Deutsche Bahn (dafür kann nicht abgestimmt werden)

Die Beteiligungsquoten bei der Ideensammlung sowie die Abstimmungszahlen auf MeinBerlin.de für die Gewinnerprojekte halten sich vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl von 270.000 jedoch in Grenzen. So erhielt das Gewinnerprojekt der Kategorie A “Illegale Müllkippe an den Kaulsdorfer Teichen” 40 Stimmen, der zweite Platz “Beschilderung entlang des Wuhlewanderweges ergänzen/erneuern” erhielt 32 Stimmen.

Bürger:innenbudget Tempelhof-Schöneberg Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg steht den Bewohner:innen seit 2019 ein Bürger:innenbudget unter dem Namen „Regionalkasse“ zur Verfügung. Insgesamt werden im Jahr 2024 und 2025 nach Beschluss des Bezirkshaushalts je 72.000 Euro zur Unterstützung von kleinen, nachbarschaftlichen Projekten von Bewohner:innen und Akteuren zur Verfügung gestellt. Die maximale Antragssumme pro Projekt beträgt 3.000 Euro.

Mit der Regionalkasse werden Projekte gefördert, die der Nachbarschaft in den Regionen zugutekommen, indem sie beispielsweise die Stadtteilkultur beleben, Bewohner:innen aktivieren und den öffentlichen Raum attraktiver gestalten.

Alle Ideen können auf der Beteiligungsplattform MeinBerlin.de veröffentlicht, bewertet und kommentiert werden. Die Projektideen werden weiterhin im persönlichen Austausch mit engagierten Menschen in den Regionen entwickelt und diskutiert. In den verschiedenen Ortsteilen haben sich, je nach Bedarf und Voraussetzung, unterschiedliche Möglichkeiten der Teilhabe entwickelt.

Potenziale und Herausforderungen von partizipativer Budgetplanung

Die Potenziale und Herausforderungen digitaler Budgetplanungen sind stark regional geprägt, da lokale Voraussetzungen und unterschiedliche politische Systeme ihre Umsetzung und Wirkung bedingen. So sind Bürger:innenhaushalte in Südamerika zum Beispiel erwiesenermaßen als erfolgreiches Instrument zur Bekämpfung von Korruption eingesetzt worden.²⁴ In autokratisch regierten Staaten sind Bürger:innenhaushalte oftmals der erste Schritt zu weiteren deliberativen Methoden und implizieren „eine erste Öffnung geschlossener Strukturen“²⁵, oder stellen gar das einzige partizipative Instrument dar, was ihnen zusätzliche Bedeutung verleiht.²⁶ In diesem Kontext haben Bürger:innenhaushalte daher das Potenzial, die Bürger:innen in die Entscheidungsfindung vor Ort einzubeziehen, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken, demokratiefördernd zu wirken, oder sogar nach Regierungs- oder Verwaltungskrisen oder autokratischer Machtausübung das Vertrauen der Bürger:innen wiederherzustellen.

Wie bereits erwähnt konzentriert sich diese Studie auf Kontexte, die mit Berlin vergleichbar sind, also auf gefestigte Demokratien mit Erfahrungen mit partizipativen Prozessen. Es ist zu betonen, dass selbst europäische Bürger:innenhaushalte keineswegs einheitlich sind. Nach der Definition von [Sintomer et al. \(2009\)](#) sind Bürger:innenbudgets, wie zum Beispiel die Kiezkassen, als „Community Fonds“ eine Unterform von Bürger:innenhaushalten. Bürger:innenbudgets werden ähnliche Vorteile wie Bürger:innenhaushalten zugeschrieben, allerdings liegt bei ihnen ein zusätzlicher Fokus auf der Stärkung der Selbstwirksamkeit. [Jörg Sommer \(2021\)](#)²⁷ fasst dieses Potenzial wie folgt zusammen:

„[Bürger:innenbudgets] erlauben Menschen stärker als vorschlagsorientierte Bürger:innenhaushalte, ihre Lebenswirklichkeit konkret mitzugestalten. Damit ermöglichen sie ihnen die Erfahrung politischer Wirksamkeit.“

Insgesamt lassen sich jedoch wenig Unterschiede in Bezug auf Potenziale und Herausforderungen zwischen den beiden Modellen erkennen. Die folgende, auf der vorangegangenen Literatur- und Best-Practices-Recherche basierende Übersicht behandelt daher die im europäischen Kontext Stärken („Strengths“), Schwächen („Weaknesses“), Chancen („Opportunities“ und Risiken („Threats“) digitaler bzw. hybrider Bürger:innenhaushalte und -budgets gemeinsam. Merkmale, die nur Bürger:innenhaushalten oder -budgets zugeschrieben werden, sind farbig gekennzeichnet.

MEHR INFO

Sechs Idealtypen und gängige Modelle des Bürger:innenhaushalts:

- Porto Alegre in Europa
- Bürger:innenhaushalt organisierter Interessen
- Community Fonds auf Quartiers- und Stadtebene
- privat-öffentlicher Verhandlungstisch
- bürgernahe Partizipation
- Konsultation öffentlicher Finanzen

Quelle: [Sintomer, Y., Herzberg, C., & Röcke, A. \(2009\). Der Bürgerhaushalt in Europa - eine realistische Utopie? Zwischen Partizipativer Demokratie, Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit. Springer-Verlag.](#)

24 [Zamboni, Y. \(2007\). Participatory Budgeting and Local Governance: An Evidence-Based Evaluation of Participatory Budgeting Experiences in Brazil. Working Paper.](#)

25 [Sintomer, Y., Herzberg, C., & Röcke, A. \(2009\). Der Bürgerhaushalt in Europa - eine realistische Utopie? Zwischen Partizipativer Demokratie, Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit. Springer-Verlag.](#)

26 [Sintomer, Y., Herzberg, C., Allegretti, G., Röcke, A., & Alves, M. L. \(2013\). Participatory budgeting worldwide. *Dialog Global*, \(25\), 1-93.](#)

27 [Sommer, Jörg \(2021\). Bürgerbudgets Deutschland - politische Teilhabe fördern. *Bundeszentrale für politische Bildung*.](#)

 <h3>STÄRKEN</h3> <ul style="list-style-type: none"> — Vielseitige Ausgestaltungsmöglichkeiten und Anpassbarkeit an lokalen Kontext — Langjährige Erprobung als Beteiligungsinstrument, Vielzahl an Ressourcen, Vernetzungsmöglichkeiten und voneinander Lernen — Je nach Ausgestaltung und Umfang geringe Kosten 	 <h3>SCHWÄCHEN</h3> <ul style="list-style-type: none"> — Keine „One-Size-Fits-All“ Lösung - muss immer auf lokale Gegebenheiten und rechtliche Rahmenbedingungen angepasst werden — Keine allgemeingültige Definition oder Indikatoren und Richtlinien für „gute“ Bürger:innenhaushalte und -budgets — (Meist) kein Entscheidungsrecht der Bürger:innen
 <h3>CHANCEN</h3> <ul style="list-style-type: none"> — Erhöhte Bürger:innenbeteiligung und insbesondere Einbindung von ansonsten marginalisierten oder unterrepräsentierten Gruppen (z.B. Kinder und Jugendliche) — Höheres Vertrauen in Politik und Verwaltung, Förderung von politischem Bewusstsein und Bildung — Größeres Verständnis für Verwaltungsstrukturen und Haushaltsführung — Stärkung des Gemeinschaftsgefühls durch Deliberation, Austausch und Kollaboration in der Ideen- bzw. Projektentwicklung — Verbesserte Prioritätensetzung durch lokale Expertise von Bürger:innen — Effizientere Verwendung von Haushaltsmitteln durch Transparenz und Rechenschaftspflicht — Abbau von Barrieren durch Onlinebeteiligungsmöglichkeiten — Nachhaltige Entwicklung durch Projekte mit Umwelt- und Nachhaltigkeitsbezug 	 <h3>RISIKEN</h3> <ul style="list-style-type: none"> — Selektive bzw. unrepräsentative Bürger:innenbeteiligung, wenn nicht alle Bevölkerungsgruppen erreicht und mobilisiert werden — „Digitale Kluft“ und Barrieren für Personen, die keine mobilen Endgeräte haben oder nutzen — Frustration auf Politik & Verwaltung, wenn Vorschläge nicht (zeitnah) umgesetzt werden bzw. Rechenschaftspflicht nicht nachgekommen wird — Einflussnahme durch gut organisierte Interessengruppen — Ausnutzung durch Individuen oder Gruppen (z. B. Mehrfachbeantragung von Mitteln) — Förderung von Partikularinteressen anstelle von Gemeinwohlorientierten Vorhaben — Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht immer im Einklang; potenziell teure und aufwendige Verfahren

ABB. 7 SWOT: (Digitale) partizipative Budgetplanungen.

Der Erfolg – also ob sich die Stärken und Chancen, oder Schwächen und Risiken partizipativer Budgetierungsprozesse verwirklichen – hängt von verschiedenen Faktoren ab, darunter laut der vorangegangenen Literaturrecherche gute politische Willensbekundung bzw. Unterstützung, eine solide Methodik, eine starke und gut informierte Zivilgesellschaft und ausreichend öffentliche Mittel.²⁸ Die Bundeszentrale für politische Bildung²⁹ benennt außerdem die gut verständliche und ansprechende Aufbereitung von Informationen, breit angelegte und aufsuchende Öffentlichkeitsarbeit, kompetente Moderation, Transparenz in allen Prozessphasen und eine Anschlussfähigkeit der Ergebnisse an politisch-administrative Prozesse als entscheidend für den Erfolg von partizipativer Budgetplanung. Trotz Rechenschaftspflicht führen nur wenige Akteure Wirkungsmessungen bzw. Evaluationen ihrer partizipativen Budgetplanungen durch. Eine Ausnahme ist hier Helsinki, die den OmaStadi-Prozess wissenschaftlich begleiten und evaluieren ließ.³⁰

28 Vorwerk, Volker & Gonçalves, Maria (2019). Partizipative Budgetplanung: Bürgerhaushalt, Bürgerbudget oder Finanzreferendum? KURSBUCH #3 Berlin Institut für Partizipation.
 29 Fragen und Antworten zum Bürgerhaushalt | Netzwerk Bürgerhaushalt | Bundeszentrale für politische Bildung.
 30 Rask, M., Ertiö, T. P., Tuominen, P., & Ahonen, V. L. (2021). Final evaluation of the City of Helsinki’s participatory budgeting: OmaStadi 2018–2020.

Übersicht und Vergleich relevanter Dienstleister und Tools

Die Vergleichsanalyse hat gezeigt, dass Städte oder Kommunen mit erfolgreichen Bürger:innenhaushalten bzw. -budgets über gut funktionierende, intuitive und niedrighschwellige Onlineplattformen verfügen und eine gute Mischung aus digitalen und analogen Beteiligungsoptionen erfolgsentscheidend ist.

MEHR INFO

Ein Positivbeispiel für Verwaltungsinnovation und das Finden von kreativen Lösungen zur Beschleunigung von Vergabeprozessen ist die Stadt Hamburg. Die Stadt setzt schon seit langem auf Smart City-Strategien und digitale Bürger:innenbeteiligung - und hat nun als erste Verwaltung in Deutschland eine Experimentierklausel in ihre Vergaberichtlinien aufgenommen, um die Auftragsvergabe zur Beschaffung innovativer Produkte und Dienstleistungen zu vereinfachen.

Quelle: Senatskanzlei Hamburg (2024). Hamburg erleichtert Erprobung neuer Technologien in der Verwaltung. [Pressemitteilung](#).

Der niedrige Digitalisierungsstandard in Deutschland hat zur Folge, dass Politik und Verwaltung stark auf externe Dienstleister:innen angewiesen sind um partizipative Budgetplanungen und andere Formen digitaler Bürger:innenbeteiligung durchzuführen. Der wachsenden Nachfrage nach digitalen Bürger:innenhaushalten kommt daher eine ebenso wachsende Zahl an Dienstleistern und Online-Anbieter:innen in diesem Feld nach. Dabei gibt es sowohl kommerzielle, als auch Open Source-basierte Softwareanbieter:innen, die Kommunen bei der Entwicklung digitaler Bürger:innenhaushalte unterstützen. Hohe Hürden im [Vergabeprozess](#) führen jedoch häufig dazu, dass viel Zeit vergeht zwischen einem neu auftretenden Problem oder einer Idee und der erfolgreichen Implementierung digitaler Lösungen.

Die folgende Tabelle fasst einige der gängigsten Tools und Dienstleister zusammen und vergleicht ihre Funktionalitäten mit Blick auf mögliche Anwendungsfälle für den Kiezkassenprozess in Treptow-Köpenick. Dabei hat die Übersicht keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Hier abgebildet werden Dienstleister:innen bzw. Digitallösungen, die im Rahmen der Recherche als Anschlussfähig bzw. für den Treptow-Köpenicker/Berliner Kontext als potenziell relevant eingestuft wurden. Eine ausführlichere Tabelle findet sich im Anhang.

Die Recherche zeigt auf, dass die erfolgreichsten Online-Bürger:innenhaushalte oder -budgets über Plattformen laufen, die als ganzheitliche Lösungen für Beteiligung eingesetzt werden. Durch die in Berlin bereits etablierte und fest verankerte Plattform MeinBerlin.de ist die Anschlussfähigkeit der hier vorgestellten Tools und Dienstleister zu hinterfragen, da es nicht Ziel des Pilotprojekts ist, weitere Doppelstrukturen zu etablieren. Vielmehr sollen innovative und flexible Ergänzungsmöglichkeiten gefunden werden, die langfristig berlinweit ausgerollt werden könnten.

Dienstleister und Tools	Beschreibung	Anwendungsbeispiele	Funktionen	Mögliche Schnittstellen zu Kiezkassenprozess	Standort
Adhocracy	Von Liquid Democracy e. V. entwickelte kooperative Diskurs-, Delegations- und Abstimmungssoftware, die es Gruppen und Organisationen ermöglicht, kollaborativ Ideen zu entwickeln, Diskussionen zu führen und Entscheidungen zu treffen, auch in Bezug auf Budgetfragen.	Berlin, Lindau	Kollaboratives Erstellen von Texten, Konsultationen, Gremienarbeit, Agendasetting	Projektantrag, Kiezkassenversammlung	Deutschland
Buergerwissen	Buergerwissen ist ein Dienstleister der Plattformen für aktivierende Bürger:innenbeteiligung anbietet und Bürgerhaushalte konzipiert und durchführt.	Stuttgart, Gelsenkirchen, Braunschweig, Trier, Osnabrück und Köln	Dienste: Leitlinien für Bürger:innenbeteiligung; Bürger:innenhaushalte und -budgets, Online-Foren, Umfragen, Bürger- und Volksbegehren, etc.	Öffentlichkeitsarbeit & Information, Beratung, Projektantrag, Kiezkassenversammlung, Projektumsetzung	Deutschland
CitizenLab	Eine Beteiligungsplattform, die es Verwaltungen und Kommunen ermöglicht, ihre Bürger:innen mit einem zentralen Werkzeug zu befragen.	Mehr als 500 Behörden in über 20 Ländern, u. a. Wien, Coburg, Gent und Montreal	Umfragen, partizipatives Budgeting-Tool, Projektmanagement-Tools, KI-basierte Analysen und Auswertungen	Öffentlichkeitsarbeit & Information, Projektantrag, Kiezkassenversammlung, Projektumsetzung, Abrechnung	Belgien; gehostet in Deutschland
Consul	Neben Decidim eine der umfassendsten digitalen Instrumente für Bürger:innenbeteiligung, wurde weltweit zusammen mit Regierungen und Bürger:innen entwickelt	Madrid, Paris, Buenos Aires, Detmold	Vorschläge, Debatten, Bürger:innenhaushalte, kollaborative Gesetzesentwurfsverfahren, Interviews, Umfragen, Abstimmungen, etc.	Öffentlichkeitsarbeit & Information, Beratung, Projektantrag, Kiezkassenversammlung, Projektumsetzung	Spanien
Decidim	Open-Source-Plattform für partizipative Demokratie und Entscheidungsfindung, die es Bürgern ermöglicht, Budgetprioritäten vorzuschlagen und zu debattieren.	Barcelona, New York City, Helsinki, Europäische Kommission	Konferenzen, Abstimmungen, partizipative Budgetplanung, Umfragen, Benachrichtigungen, Online-Treffen, Vorschlagseinreichungen, Kommentierung, Webseiten	Öffentlichkeitsarbeit & Information, Beratung, Projektantrag, Kiezkassenversammlung, Projektumsetzung	Spanien
DEMOS plan GmbH	(Ehem. Binary Objects); die Software demosplan ermöglicht online Beteiligungsverfahren insbesondere im stadtplanerischen Bereich	Lichtenberg (Berlin), Hamburg	Beteiligung zur Bauleitplanung, Raumordnungsplanungen, Planfeststellungsverfahren, informelle Beteiligung und Bürgerhaushalte	Öffentlichkeitsarbeit & Information, Beratung, Projektantrag, Kiezkassenversammlung, Projektumsetzung, Abrechnung	Deutschland
Polidia GmbH	Bietet die Software DIALOG BOX als Infrastruktur für die Realisierung von Dialog- und Beteiligungsprojekten an.	Frankfurt am Main, Oldenburg, Eberswalde, BMUV Dialog zur „Nationalen Wasserstrategie“	„Software-as-a-Service“ Ansatz und Tools für u.a. Vorhabenliste, Kartenkonsultation, Kollaboratives Texten, Umfragen, Bürger:innensprechstunden, Blogs, Veranstaltungs- und Einladungsmanagement	Öffentlichkeitsarbeit & Information, Beratung, Projektantrag, Kiezkassenversammlung, Projektumsetzung	Deutschland
Wer denkt was GmbH	Dienstleister für die Planung und Umsetzung von Bürger:innenbeteiligungsformaten und insbesondere digitalen Bürger:innenbudgets	Wuppertal, Konstanz, Monheim am Rhein	Mängelmelder, Umfragen & Analysen, Bürger:innenbudgets und -haushalte, Vorhabenlisten, Leitlinien	Öffentlichkeitsarbeit & Information, Beratung, Projektantrag, Kiezkassenversammlung, Projektumsetzung	Deutschland

LEGENDE

Open-Source Dienstleister oder Tools
Kommerzielle Dienstleister oder Tools

ABB. 8 Übersicht ausgewählter Dienstleister und Tools für Online-Partizipation und Bürger:innenhaushalte und -budgets

Zwischenfazit

Die bisherige Analyse verdeutlicht, dass Instrumente der partizipativen Budgetplanung großes Potenzial haben: sie können demokratiefördernd wirken, Bürger:innen bessere Teilhabe ermöglichen, für mehr Inklusion sorgen und durch gesteigerte Selbstwirksamkeit Politikverdrossenheit verringern. Für Politik und Verwaltung ergeben sich Mehrwerte durch die möglicherweise effizientere, nachhaltigere und vor allem kooperative Vergabe von Haushaltsmitteln und das Anzapfen lokaler Expertise. Die Bestandsaufnahme von Theorie und Praxis zeigt aber auch, dass es sich bei Bürger:innenhaushalten bzw. -budgets keinesfalls um ein klar abgegrenztes Beteiligungsformat handelt, sondern es eine Vielzahl von Ausgestaltungsmöglichkeiten gibt und unter diesem Schlagwort sehr unterschiedliche Varianten umgesetzt werden.

Einerseits ist dies eine große Herausforderung – wie Treptow-Köpenick im Rahmen dieses Pilotprojekts müssen auch andere Akteure durch Recherche und mehrstufige Prozesse herausfinden, wie genau sie eine partizipative Budgetplanung umsetzen können und wollen. Doch das erlaubt es Zivilgesellschaft und Verwaltung auch, eine für den lokalen Kontext passgenaue Beteiligung zu erarbeiten.

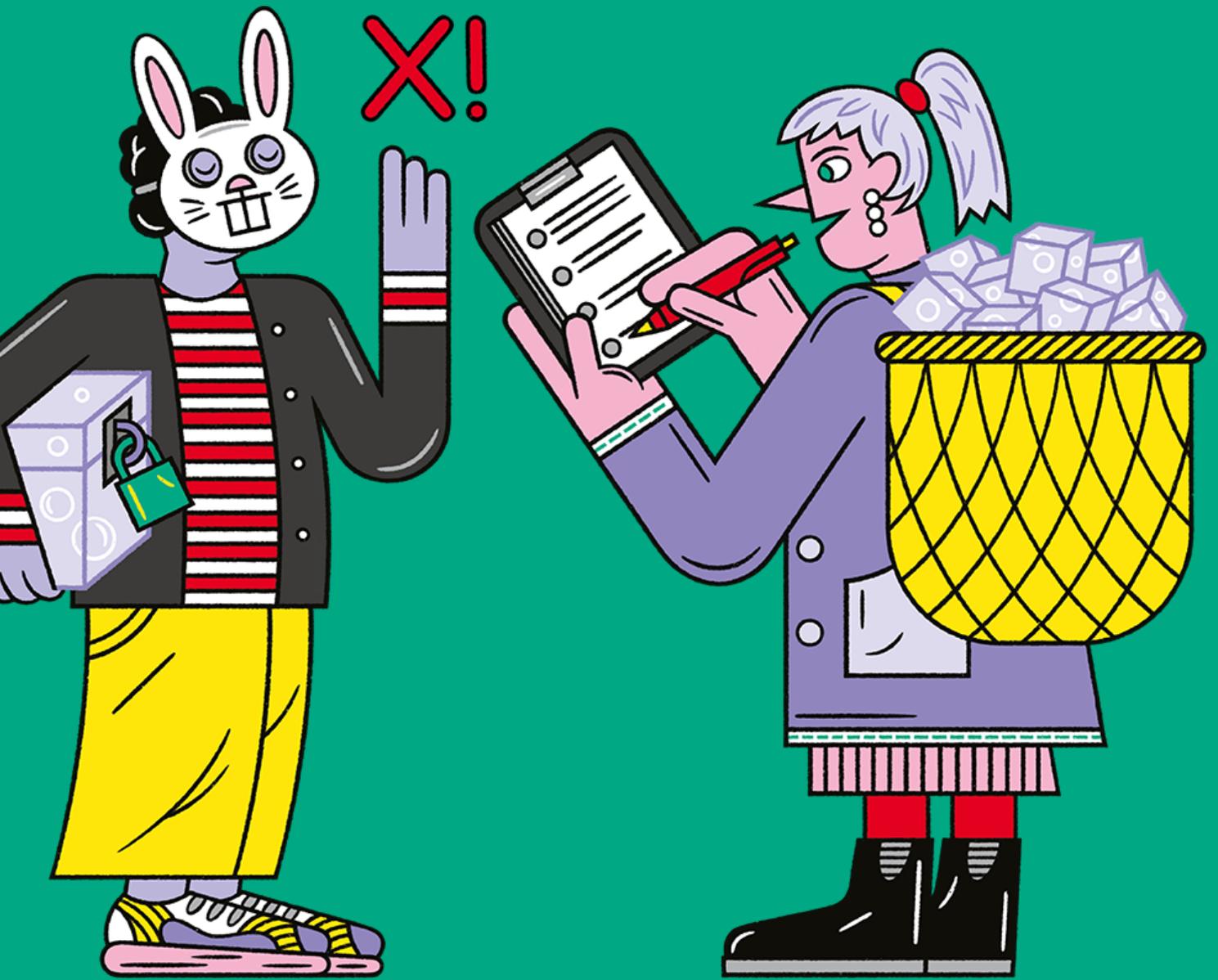
Zentrale Unterschiede zwischen Bürger:innenhaushalten und Bürger:innenbudgets liegen in der Umsetzungszuständigkeit oder der Entscheidungsmacht über umzusetzende Projektideen, die bei den Budgets in Bürger:innen-/Träger:innenhand liegt. Zwar haben Bürger:innen bei den Budgets damit mehr direkte Mitgestaltungsmöglichkeiten, es fällt für sie aber auch mehr Arbeit und Verantwortung an. Kostenkalkulationen, Abrechnungsprozesse, Projektmanagement liegen bei der antragsstellenden Person – das sind alles Aufgaben, die die Bürger:innenbudgets generell etwas weniger niedrigschwellig machen als Bürger:innenhaushalte.

Das Kapitel betrachtete darüber hinaus Best Practices von Städten, die besonders erfolgreich im Bereich der partizipativen Budgetplanung sind: durch die spielerische Begleitung, durch den Einsatz dezentraler und bürgernahe Multiplikator:innen, durch die gezielte Ansprache bildungsfernerer Haushalte, durch Mehrsprachigkeit in der digitalen Anwendung, durch die Bereitstellung einer bestimmten Summe für stets unterrepräsentierte Kinder und Jugendlichen oder gezielte Partnerschaften

in puncto Aktivierung von Schüler:innen mit Schulen. Von diesen Beispielen sollten die Kiezkassen in Treptow-Köpenick lernen.

Ein genauerer Blick auf die Beispiele in anderen Berliner Bezirken zeigt, dass sofern Mittel zur partizipativen Mitgestaltung für Bürger:innen zur Verfügung gestellt werden, diese großen Zuspruch in der Bevölkerung finden. Berlin ist insgesamt vergleichsweise erfahren mit partizipativen Budgetierungsprozessen, aber durch seine komplexe Verwaltungsdoppelstruktur und die bezirkseigenen Besonderheiten gibt es bisher wenig Zusammenarbeit bzw. Erfahrungsaustausch zwischen den Bezirken. Im Rahmen des Pilotprojekt soll diese Vernetzung gestärkt werden.

Außerdem zeigt sich in Berlin, dass langjährige Bürger:innenhaushalte oder -budgets mit der Zeit nicht unbedingt mehr Reichweite entfalten, sondern häufig stagnieren, oder sogar wieder eingestellt werden. Dies spricht dafür, dass der nach wie vor hohe Verwaltungsaufwand und die ressourcenbedingte mangelnde Öffentlichkeitsarbeit zu Hürden auf Seiten der Verwaltung und der Zivilgesellschaft führen. Am erfolgreichsten etabliert scheint der Bezirk Lichtenberg zu sein, nicht zuletzt, weil dort die Onlinebeteiligung transparent und interaktiv über eine zugängliche und zentrale Plattform funktioniert. Auf MeinBerlin.de dagegen finden sich häufig wenig Kommentare oder Bewertungen der eingereichten Projektanträge. Dies kann als ein erstes Signal dafür gedeutet werden, dass die berlinweite Beteiligungsplattform für partizipative Budgetierungsmaßnahmen nicht gänzlich geeignet ist und der Vergleich und das Austesten alternativer Digitallösungen ein berechtigter Ausgangspunkt für das Pilotprojekt zu sein scheint. Bevor die Rückschlüsse der Bestandsanalyse mit den Ergebnissen der Beteiligung zum Status quo der Kiezkassen zusammengeführt werden, werden die Kiezkassen in Teil II ausführlicher vorgestellt.



TEIL 2

Fallbeispiel Kiezkassen Treptow-Köpenick

Das erste Kapitel diente der theoretischen Einordnung, Abgrenzung und Erklärung des Konzepts der partizipativen Budgetplanung sowie dem Vergleich relevanter Praxisbeispiele und bereits erprobter Digitallösungen.

Im zweiten Teil der Vergleichsstudie werden die Kiezkassen als Untersuchungsgegenstand in ihrem jetzigen Ablauf beschrieben und die Beteiligungsworkshops zur Analyse des Kiezkassenprozesses mit den unterschiedlichen Beteiligungsgruppen vorgestellt. Anschließend werden die Ergebnisse der Bestandsanalyse mit den theoretischen Ausführungen des ersten Teils zusammengeführt um Ableitungen und Handlungsempfehlungen in Bezug auf die (digitale) Weiterentwicklung der Kiezkassen zu formulieren.

Einordnung der Kiezkassen Treptow-Köpenick

Der Berliner Bezirk Treptow-Köpenick begann sein Projekt Bürger:innenhaushalt 2003 mit einer für die interessierte Öffentlichkeit lesbaren Darstellung des Haushaltsplanes 2004. In den Folgejahren wurden die Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten sukzessive durch Informationsveranstaltungen und die Möglichkeit, Vorschläge und Anregungen für die Haushaltsplanungen einzureichen erweitert.

GLOSSAR:

Bezirksverordnetenversammlung (BVV) – die Volksvertretung auf Ebene der Berliner Bezirke. Aufgabe der BVV ist die Steuerung des Bezirksamts sowie die Anregung von Verwaltungshandeln

Gebietskoordinator:innen (GeKos) – Agieren als Teil der Verwaltung querschnittsartig innerhalb der Bezirksregionen als Vermittler:innen zwischen Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft

Kiezpat:innen – Abgeordnete der BVV die in ihren jeweiligen Bezirksregionen die Kiezkassen verwalten

Sozialraumorientierte Planungskoordination (SPK) – Organisationseinheit innerhalb Berliner Verwaltungen für die ämterübergreifende Zusammenarbeit bei planerischen und umsetzungsbezogenen Verwaltungsaufgaben zur Entwicklung der verschiedenen Bezirksregionen

2013, 2015 und 2017 fanden im Rathaus Köpenick Informationsveranstaltungen zum Bürger:innenhaushalt statt. Interessierte konnten sich über den Stand der Haushaltsplanungen, den Jahresabschluss sowie Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger informieren. Ab 2015 stand für Vorschläge die Beteiligungsplattform MeinBerlin.de des Landes Berlin zur Verfügung. Hier konnten Vorschläge direkt eingegeben und der Bearbeitungsstand eingesehen werden. Gesucht wurden Vorschläge, die Politik und Verwaltung unterstützen, die knappen Finanzen bedarfsgerecht einzusetzen. Bis 2019 gingen rund 100 Vorschläge ein. Von ihnen befanden sich bis zum Jahrtausendwechsel nur rund 20 Maßnahmen in der Umsetzung oder waren gar abgeschlossen. Alle weiteren Vorschläge konnten wegen mangelnder Ressourcen nicht geprüft oder aufgrund fehlender Zuständigkeit nicht umgesetzt werden.

Im Jahr 2012 wurde daraufhin per Beschluss 0115/10/12 in der Bezirksverordnetenversammlung das Verfahren für die Kiezkassen in Treptow-Köpenick finanziell und organisatorisch aufgesetzt. Ziel war es, ein niedrigschwelliges Format für Bürger:innenbeteiligung zu etablieren, welches das bürgerschaftliche Engagement stärkt und die Identifikation der Bürger:innen mit ihren Lebensumfeldern verbessert, indem öffentliche Gelder für eigens umgesetzte Projekte in den Kiezen zur Verfügung gestellt werden. In Abgleich mit den theoretischen Einordnungen im ersten Teil I sind die Kiezkassen daher nicht den Bürger:innenhaushalten, sondern entsprechend der Definition den Bürger:innenbudgets zuzuordnen.

Der Bezirk Treptow-Köpenick zeichnet sich als größter Flächenbezirk im Berliner Vergleich durch eine sehr heterogene Struktur in seinen 20 Bezirksregionen aus. Den verschiedenen Bedingungen vor Ort mit unterschiedlichen Einwohnerzahlen, demografischen Eckdaten und zivilgesellschaftlichen Akteurslandschaften wird durch die bezirkseigenen Kiezkassen und sogenannten Kiezpat:innen Rechnung getragen. Die Kiezpat:innen sind Bezirksverordnete, die als Multiplikator:innen in ihren jeweiligen Bezirksregionen hinein wirken und im Rahmen der Bezirksverordnetenversammlung die Gelder für die Kiezkassen zur Verfügung stellen. Die jährliche Gesamtsumme in Höhe von 100.000 Euro werden – bemessen an den jeweiligen Einwohnerzahlen – auf alle Bezirksregionen verteilt. Die mit Stellvertretungen insgesamt 40 Kiezpat:innen sind für die Bewerbung und insbesondere die Durchfüh-

rung der Kiezkassenversammlungen verantwortlich. Verwaltungsseitig werden die Kiezkassen innerhalb der Organisationseinheit Sozialraumorientierte Planungs- koordinierung (OE SPK) von einer/m „Kiezkassenbeauftragten“ abgewickelt, welche:r als Ansprechpartner:in für Nachfragen durch die Antragsstellenden fungiert.

Abgrenzung der Kiezkassen von anderen Förderkulissen des Bezirks

Was die Kiezkassen von anderen Stadtteilmitteln oder -budgets in Berlin unterscheidet, ist beispielsweise die Art und Weise, wie über die Bewilligung der eingereichten Projektanträge entschieden wird. In vielen Bezirken prüft und entscheidet entweder die Verwaltung alleine, oder es gibt eigens einberufene Bürger:innenjurys (meist etwa 5-10 Personen), die entscheiden, welche Projekte umgesetzt werden. In Treptow-Köpenick gibt es mit den sogenannten Kiezkassenversammlungen ein theoretisch allen Bürger:innen offenes und direktdemokratisches Format. In diesem verorteten Rahmen können sie über die Verwendung eines Teils der öffentlichen Mittel mitentscheiden. Jede:r kann an den Versammlungen teilnehmen und dort auch spontan Projektvorschläge einreichen.

Neben den Kiezkassen und gibt es in Treptow-Köpenick eine Reihe anderer Instrumente, die durch Bürger:innen initiierte und umgesetzte Projekte finanziell unterstützen. Diese variieren in Umfang, maximaler Förderungssumme, und Förderquelle und -kriterien. Einige von ihnen sollen an dieser Stelle kurz vorgestellt werden, auch um die Treptow-Köpenicker Kiezkassen besser abzugrenzen. Tatsächlich werden viele Anträge für Kiezkassen in Treptow-Köpenick, die nicht den Förderkriterien entsprechen, „umgeleitet“. Das heißt, dass die bezirkliche Kiezkassenbeauftragte Person auf andere, passendere Förderkulissen verweist. Die meisten dieser Projekte können durch die Töpfe „BVG-Sondermittel“, „Stärkung Berliner Großwohnsiedlungen“ oder „Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften (FEIN)“ gefördert werden. Die folgende Tabelle bietet eine Übersicht alternativer Fördermodelle, die im Bezirk Treptow-Köpenick zur Finanzierung von bürgerinitiierten Projekten genutzt werden.

HINWEIS:

Die Tabelle hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern stellt einen Auszug der Förderkulissen dar, auf die in der Vergangenheit im Rahmen der Kiezkassen am häufigsten verwiesen wurde.

ABB. 9 Übersicht verfügbarer Förderprogramme mit integriertem Fond oder Budgets in Treptow-Köpenick

NAME	ZIEL	ZIELGRUPPE	VOLUMEN	BESCHREIBUNG UND WEBSEITE
Jugendfonds Treptow-Köpenick	Förderung von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit	Junge Menschen (14-27 Jahre)	10.000 € pro Jahr	Umsetzung durch Jugendliche, kleinere Projekte z.B. zum Engagement gegen Rassismus. <ul style="list-style-type: none"> • Webseite mit digitalem Antragssystem.
FEIN-Einzelprojekte	Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur durch ehrenamtliche Vorhaben	Bürger:innen, Vereine, Initiativen	49.400 € (max. 3500 € pro Einzelvorhaben)	Keine Gewinnorientierung, nur Sachmittel, Förderung von ehrenamtlichen Vorhaben. <ul style="list-style-type: none"> • FEIN auf der Bezirks- und Senatswebseite.
FEIN-Pilotprojekte Dammvorstadt Oberschöneweide Schmöckwitz	Stärkung nachbarschaftliches Engagement, Anschubfinanzierung für Stadtteilnetzwerke	Bewohnerschaft der Gebiete, i.d.R. Bezirksregion (BZR) oder Planungsregion (PLR)	Bis zu 30.000 € pro Region Jahresfördersumme, Förderzeitraum max. 3 Jahre. Ausreichung der Mittel erfolgt durch SPK in den BZR unterschiedlich: a) Bearbeitung durch externen Dienstleister; b) Projekt-sachbearbeitung durch SPK oder c) Mittelverwaltung durch lokalen Träger, wobei die Steuerung und Aufsicht des FEIN-Pilotprojekts immer der SPK obliegt	Einbindung lokaler Akteure, Stabilisierung sozialer Strukturen, Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur, Aktivierung von Bewohner:innen. <ul style="list-style-type: none"> • Mehr Informationen auf der Bezirkswebseite • Internetpräsenz der Pilotprojekte Dammvorstadt, Oberschöneweide und Schmöckwitz. • Pilotprojekte werden vom BA bei SenStadt beantragt und vorher mit lokalen Kooperationspartnern abgestimmt.
Verfügungsfonds im FEIN-Pilotprojekt Oberschöneweide (OSW)	Förderung ehrenamtlichen Engagements von Menschen aus dem Kiez für den Kiez, Förderung neuer Ideen	Einzelpersonen und Initiativen in OSW, die bisher wenig Erfahrung mit eigenen Projekten sammeln konnten	3.000 €, max. 500 € je Projekt (bisher einmalig in 2023 durchgeführt)	Alle Informationen in der Pressemitteilung vom 06.11.2023 Der Nachbarschaftsfonds wird vom Verein SchöneVibes Kollektiv e.V. koordiniert.

NAME	ZIEL	ZIELGRUPPE	VOLUMEN	BESCHREIBUNG UND WEBSEITE
Verfügungsfonds Der FEIN-Pilotprojekte (Dammvorstadt, Schmöckwitz)	Förderung ehrenamtlichen Engagements von Menschen aus dem Kiez für den Kiez, Förderung neuer Ideen	Einzelpersonen und Initiativen in den jeweiligen PLR, die bisher wenig Erfahrung mit eigenen Projekten sammeln konnten	Entscheiden die jeweiligen Gebietskoordinator:innen (GeKos)	Niedrigschwellige, unbürokratische und zeitnahe Mittelbereitstellung für neue oder kleine Projekte.
Gebietsfonds „Lebendige Zentren und Quartiere“ (LZQ) in Adlershof; Baumschulenweg-Köpenicker Landstraße	Attraktivitätssteigerung der Geschäftsstraßen und Zentrenfunktionen im LZQ	Gewerbetreibende, Zivilgesellschaftliche Akteure	50 % der Projektkosten können gefördert werden, max. 10.000 € pro Projekt	Gestaltungsleitfaden für Geschäftsstraße als Grundlage zur Prüfung der Förderfähigkeit durch Gebietsgremium (eigens für LZQ-Gebiete gebildet). <ul style="list-style-type: none"> • Adlershof/Dörfelfeldstraße • Baumschulenstraße-Köpenicker Landstraße
BENN (Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften) Allende-Viertel Altglienicke	Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Förderung der Integration, Aktivierung der Bewohner:innen und des ehrenamtlichen Engagements	Bewohner:innen in Quartieren mit Unterkünften für Geflüchtete	Jährlich 30.000 € pro Gebiet für die Umsetzung von Maßnahmen; für die Umsetzung von Projekten im Kiez; Projekte werden zusammen mit den Menschen vor Ort entwickelt und umgesetzt	Steuerung durch das BENN-Team, die direkt vor Ort sitzen. Das BENN-Team setzt Maßnahmen und Ideen mit den Menschen vor Ort um. <ul style="list-style-type: none"> • BENN Allende-Viertel • BENN Altglienicke BENN ist ein Förderprogramm der SenSBW .
Stärkung Berliner Großsiedlungen Allende-Viertel & Köllnische Vorstadt/Spindlersfeld	Förderung soziokultureller Projekte in Berliner Großsiedlungen, Unterstützung der Koordination vor Ort, Erhöhung von nachbarschaftlichem miteinander und Lebensqualität	Alle Bewohnenden, Einrichtungen, Institutionen vor Ort.	2023: 76.000 € Köllnische Vorstadt/Spindlersfeld und 153.000 € Allende	Stärkung Berliner Großsiedlungen in Treptow-Köpenick Projektsteuerung soll durch lokale Stadtteilzentren oder ähnliche Einrichtungen in der jeweiligen Großsiedlung erfolgen. Tatsächliches Projektmanagement wird durch SPK realisiert.
Verfügungsfonds der Großsiedlungen	Niedrigschwellige, unbürokratische Finanzhilfe für kleine Projekte	Bewohner:innen und lokale Akteure	2023: 10.000 € Allende-Viertel und 11.000 € Köllnische Vorstadt	Eine lokale Jury oder ähnliche Formate sollen über die Vergabe der Mittel entscheiden. (im Allende-Viertel entscheidet Runder Tisch, in der KVstSPdf. die Steuerungsgruppe)
Sondermittel der Bezirksverordnetenversammlung	Unterstützung verschiedener Aktivitäten	Vereine, Initiativen, Organisationen, Gemeinschaften, Privatpersonen	50.000€ jährlich	Sondermittel der BVV - Berlin.de Voraussetzung ist das erhebliche Interesse der Allgemeinheit und ein klarer Bezug zum jeweiligen Bezirk
Aktionsfonds in den „Partnerschaften für Demokratie“	Aufwertung benachteiligter Stadtteile, Stärkung des sozialen Zusammenhalts	Bewohner:innen und lokale Akteure	10.000 €; max. 1.500 € pro Antrag 47.000 € in 2024	Kurzfristige und sofort sichtbare Initiativen im Quartier. Mobilisierung von Beteiligten, Umsetzung in Eigeninitiative. <ul style="list-style-type: none"> • Webseite und mehr Informationen.
„Feuerwehrtopf“	Förderung ehrenamtlicher und demokratischer Projekte	Anwohnende, Privatpersonen, Personen in Nachbarschaften	Max 500 €	Förderung, wenn eigenständige Meldung bei der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie T-K mit zusätzlichem Antrag der Online heruntergeladen werden kann <ul style="list-style-type: none"> • Feuerwehrtopf auf der Bezirkswebseite • Weitere Informationen
Aktionsfonds des Quartiersmanagements Kosmosviertel	Bereicherung des Nachbarschaftslebens und Aktivierung von ehrenamtlichen Engagements	Bewohner:innen des Quartiers	Bis zu 1.500 € je Projekt	Ein Jury aus Anwohner:innen des Quartiers entscheiden über Projektideen. Trägt zur Vernetzung und der positiven Entwicklung der Nachbarschaft bei. <ul style="list-style-type: none"> • Webseite
Aktionsprogramm „Sauberes Berlin“	Vermüllung reduzieren, Bewusstsein für eine saubere Stadt schaffen	Fachämter, im Wesentlichen Straßen- und Grünflächenamt (SGA) und Akteure im Kontext (z.B. CleanUp TrepNik)	Gesamt 2023: 148.000 € (Ausgaben 60.000 €). Keine Mindest- oder Höchstbeträge pro Projekt. Kein so bezeichneter integrierter Fonds, aber Möglichkeit der Antragstellung für alle Bürger:innen.	<ul style="list-style-type: none"> • Projekte von SGA: z.B. Parkreinigung, Anschaffung von Mülleimern. • Projekte lokaler Akteure: Kronkorkensammelbox (2023 nicht realisiert) Beschaffung von Hundekotstationen und- Beuteln; • Unterstützung von CleanUp-Aktionen (2023: 1.700 €)
Agenda Fonds	Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen	Keine Zielgruppenbeschränkung	Max 2.000 € pro Projekt und Jahr	Entscheidung durch Begleitgremium. <ul style="list-style-type: none"> • Weitere Informationen

Problemumriss und Relevanz des Pilotprojekts

Trotz des vergleichsweise hohen Volumens der Kiezkassen (nach Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf stellt der Bezirk Treptow-Köpenick mit 100.000 Euro jährlich die dritthöchsten Mittel berlinweit zur Verfügung) und der niedrighochwertig angeordneten Kiezkassenversammlung gibt es verschiedene Kritikpunkte an dem derzeitigen Ablauf der Kiezkassen, sowohl von der Verwaltung selbst, als auch seitens der Zivilgesellschaft und den politisch Verantwortlichen. Insgesamt werden die Kiezkassen als nicht barrierefrei und zugänglich genug befunden. Um die genauen Schwachstellen, aber auch Stärken des aktuellen Prozesses sowie die im Rahmen der Bestandsanalyse identifizierte Lösungen geht es in den nachfolgenden Kapiteln.

Das zehnjährigen Bestehen der Kiezkassen in 2023 wurde zum Anlass genommen, das Beteiligungsformat auf den Prüfstand zu stellen und im Rahmen des Smart City-Pilotprojekts um sinnvolle digitale Lösungen zu ergänzen. Fokus dabei soll sein, sowohl die Reichweite der Kiezkassen in der Bevölkerung zu erhöhen, als auch die verwaltungsseitige Bearbeitung der Projektanträge zu vereinfachen. Weiterhin ist es Ziel des Pilotprojekts, die Kiezkassen in einer Detailtiefe zu überdenken und so zu optimieren, als dass entwickelte Lösungen zukünftig auch für andere partizipative Budgetverteilungen in Berlin anwendbar werden. Rückschlüsse und gelerntes aus den Beispielen im ersten Teil der Studie fließen in die Formulierung der Handlungsempfehlungen und notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Kiezkassen mit ein.

Der zweite Teil der Vergleichsstudie ist aufgebaut wie folgt: zunächst wird die Methodik der Beteiligung und Bedarfserhebung vorgestellt. Anschließend wird der Kiezkassenprozess im Status Quo im Detail mit seinen Stärken und Schwächen erläutert. Es folgt eine Zusammenfassung von Herausforderungen und Optimierungspotenzialen, sowie ein Fazit der Erkenntnisse insbesondere hinsichtlich digitaler Unterstützungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Kiezkassen.

Die Kiezkassen auf dem Prüfstand: Bedarfsanalyse durch zielgruppen- spezifische Workshops

Die Erkenntnisse in den nachfolgenden Kapiteln wurden auf verschiedenen Wegen erhoben. Für die Bedarfserhebung wurden Akteure aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik befragt und eingebunden. Die Methodiken und Fragestellungen für die Workshops und den Fragebogen wurden inhaltlich jeweils auf die Erfahrung der beteiligten Akteursgruppe abgestimmt. So ist beispielsweise die verwaltungsseitige Bearbeitung der Anträge nicht Gegenstand des Zivilgesellschafts-Workshops gewesen; hier werden vielmehr die fünf Phasen, die für die Bürger- und Zivilgesellschaft "erlebbar" sind, abgefragt. Ebenso konzentrierte sich der Workshop mit den BVV-Vertreter:innen auf die Öffentlichkeitsarbeit und die Kiezkassenversammlung, da diese Beteiligtegruppe vor allem hier in den Kiezkassenprozess eingebunden ist.

- 08.06.
CityLab Workshop
- 20.07.
Workshop mit Kiezkassenbeauftragter
und Gebietskoordinator:in
- 10.08. - 03.09.
Online-Umfrage
der Antragsstellenden
- 29.09.
Fokusgruppenworkshop
Zivilgesellschaft
(aufbauend auf Umfrage)
- 16.10.
Kick-Off im Bezirksamt
Treptow-Köpenick
- 21.11.
BVV-Workshop mit Kiezpat:innen

Verwaltung: Kiezkassenbeauftragte, Gebietskoordinator:innen und Fachamtsleiter:innen Zentral zur Einarbeitung in das Thema Kiezkassen in Treptow-Köpenick waren zwei mehrstündige interaktive Workshops mit der verwaltungsinternen Kiezkassenbeauftragten als Expertin. Die Workshops wurden protokolliert und ausgewertet. Grundlage des Workshops bildete eine tiefgehende gemeinsame Nachzeichnung des Prozessablaufs der Kiezkassen mit Zielen, Arbeitsschritten, Problemen und Erläuterungen zu den einzelnen Phasen. Darauf aufbauend wurden Optimierungspotenziale aus Sicht der Verwaltung mithilfe einer SWOT-Analyse erarbeitet.

Pro Phase wurden daraufhin die Fragen beantwortet: "Wo kann ein Assistenzsystem die Potenziale stärken und die Schwächen beheben? Wo kann es Arbeit effizient abnehmen, wenn eine gute Öffentlichkeitsarbeit der Kiezkassen Engpässe in der verwaltungsinternen Bearbeitung produzieren würde?" Für dieses Assistenzsystem wurden auf Basis dessen die "Fütterungsbedarfe" eruiert: "Was muss die KI oder ein Assistenzsystem wissen, damit es die zuvor eruierten Hilfsbedarfe adäquat erfüllen kann? Wer verfügt über diese Daten?". Hierdurch erfolgte eine erste Annäherung an die Formulierung von konkreten Anforderungen für ein digitales Tool, das den Kiezkassenprozess sinnvoll unterstützt und vereinfacht. Der Daten- und Informationssystematisierung folgte eine tiefgehende Betrachtung der Rolle der Gebietskoordinator:innen, die in der OE SPK arbeiten und von denen zwei Vertreter:innen in den Workshop eingebunden wurden. Pro Prozessablauf-Phase wurde

hier eingetragen, an welchen Punkten und mit welchen Aufgaben die Gebietskoordinator:innen die Kiezkassenbeauftragte bisher unterstützen oder in Zukunft potenziell unterstützen können - beispielsweise mit Daten, über die sie verfügen, mit Kommunikationsangeboten oder mit eigenem Kiezwissen aus den Bezirksregionen.

In einem bezirksinternen Kick-Off wurde das Pilotprojekt innerhalb der Bezirksverwaltung vorgestellt. Ziel war es neben der Projektvorstellung insbesondere die Hinweise und Anregungen aus der Leitungsebene des Bezirksamtes einzuholen, Übersichten zu derzeitigen Bearbeitungsweisen in anderen Förderkulissen des Bezirks zu erhalten und digitale Lösungsansätze zur effizienteren Abwicklungen der darin enthaltenen partizipativen Mittelverteilungen zu diskutieren. → Eine ausführliche Dokumentation der Veranstaltung findet sich [hier](#).

Zivilgesellschaft: Antragsstellende der Kiezkassen Die zweite zentrale Quelle für diesen Teil des Berichts stellen die Erfahrungen der Antragsstellenden in den bisherigen Kiezkassen dar. Zunächst wurden alle Antragsstellenden der letzten beiden Jahre, die einer Befragung zugestimmt hatten, per Mail kontaktiert und gebeten, einen Online-Fragebogen auszufüllen. Von den 70 kontaktierten Personen füllten 36 den Fragebogen aus. Die Umfrageergebnisse wurden in einer separaten Dokumentation veröffentlicht und können hier eingesehen werden.

Aufbauend auf den Ergebnissen der Umfrage wurde ein Workshop mit einer Fokusgruppe konzipiert, an dem sieben Personen aus dem Kreis der Antragsstellenden teilnahmen. Teil 1 des Workshops hatte zum Ziel, Wünsche und Kritik sowie Ideen zu den Phasen „Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation“, „Mein Projektantrag - von der Idee bis zur Umsetzung“ und „Kiezkassenversammlung“ abzufragen. Anders als beim Fragebogen erlaubte die Diskussion es, bei Unklarheiten nachzufragen, zu konstruktiven Impulsen aufzurufen und an die Anwesenden zu appellieren, sich auch in andere, nicht anwesende und bei den Kiezkassen klassischerweise unterrepräsentierte Gruppen (Jugendliche, Menschen nicht-deutscher Herkunft, etc.) hinein zu versetzen. → Eine Zusammenfassung der Ergebnisse findet sich [hier](#).

Politik: Kiezpat:innen der Bezirksverordnetenversammlung Als Kiezpat:innen kommt den politischen Vertreter:innen der Bezirksverordnetenversammlung eine besonders verantwortungsvolle Rolle zu, da sie als Multiplikator:innen für die Öffentlichkeitsarbeit in ihren Kiezen wirken und außerdem die Kiezkassenversammlung vorbereiten und moderieren. In einem interaktiven Workshop mit 13 Kiezpat:innen wurden daher zu den zwei für sie relevanten Prozessphasen - „Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation“ sowie der „Kiezkassenversammlung“ - gearbeitet. → Auch zu diesem Workshop wurde eigens eine ausführlichere Ergebnisdokumentation erarbeitet, die sich [hier](#) findet.

Im folgenden Kapitel werden die Erkenntnisse und Ergebnisse der gesamten Bedarfserhebung vorgestellt und zusammengefasst. Die durch die Beteiligung erarbeiteten Optimierungspotenziale für die Kiezkassen werden dargestellt und zuletzt mit den Schlussfolgerungen aus Kapitel eins synthetisiert. Außerdem werden erste, intern entwickelte Lösungsansätze benannt.

Der Kiezkassenprozess

Wie bereits erwähnt sind die Kiezkassen in ihrer jetzigen Form als Nachfolgeinstrument für den vorherigen Bürger:innenhaushalt in Treptow-Köpenick im Jahr 2013 eingeführt worden. Über diese Zeit hat sich ein Verfahren eingespielt, das bis zum Start des Pilotprojekts in seinen einzelnen Prozessphasen nicht in Gänze formalisiert wurde, und je nach Bezirksregion unterschiedliche Ausprägungen innerhalb der Durchführung eines Kiezkassenjahres hatte. In der Bestandsaufnahme wurde daher mit der für den Kiezkassenprozess verantwortlichen Verwaltungsmitarbeitenden (der „Kiezkassenbeauftragten“) ein Ablaufschema der Kiezkassen erarbeitet, das auch für die nachfolgende Analyse und Ergebnisaufbereitung der Ausgangspunkt sein wird. Die einzelnen Prozessschritte des aktuellen Status quo werden im nachfolgenden Teil ausführlicher beschrieben, damit die Ergebnisse der Beteiligung und ihre Implikationen nachvollzogen werden können.

Stärken und schwächen der einzelnen Prozessphasen aus Perspektive der:

ZIVILGESELLSCHAFT

VERWALTUNG UND POLITIK



- Läuft dezentral über Kiezpat:innen und Gebietskoordinator:innen (kennen lokale Begebenheiten & wichtige Multiplikator:innen)



- Zu kurzfristige Ankündigung und Bewerbung der Kiezkassenversammlung
- Kein zentraler Informationspunkt
- Wissensasymmetrie
- Mangel an aufsuchender Beteiligung
- Keine mehrsprachigen Informationen

PHASE 0

Verwaltungsinterne Vorbereitung

Bevor das Kiezkassenjahr offiziell startet, müssen zunächst die verfügbaren Gelder für die Kiezkassen, in der Regel ein Gesamtbetrag von 100.000 Euro, von der BVV beschlossen werden. Anhand der aktuellen Einwohnerzahlen der Bezirke wird das Geld anschließend auf die 20 Bezirksregionen verteilt. Außerdem legt die Kiezkassenbeauftragte in Absprache mit den Kiezpat:innen einen Zeitplan für das kommende Jahr fest.

PHASE 1

Öffentlichkeitsarbeit und Information

Das Kiezkassenjahr wird offiziell eröffnet, indem Bürger:innen über verschiedene Kanäle über die Höhe der Fördersumme in ihrer Bezirksregion und den Antragsmöglichkeiten informiert werden. Dies geschieht, indem die Kiezpat:innen, unterstützt durch das Team der SPK, Pressemitteilungen zum Ideenaufwurf und der Terminbekanntgabe der Kiezkassenversammlung vorbereiten und über die Pressestelle des Bezirksamts veröffentlichen. Zusätzlich steht es den Kiezpat:innen offen, weitere Maßnahmen zur Bewerbung der Kiezkassen zu ergreifen: in einigen Bezirksregionen werden an zentralen Orten Flyer und Poster verteilt. Außerdem wird über die sozialen Medien auf den Projektaufwurf aufmerksam gemacht.

Der Kiezkassenprozess im Status quo

LEGENDE:

ZIVILGESELLSCHAFT

VERWALTUNG UND POLITIK



PHASE 0

Vorbereitung

- BVV-Beschluss und Verteilung der Gelder



PHASE 1

Öffentlichkeitsarbeit und Information

- Pressemitteilung
- Ankündigung auf MeinBerlin
- Bewerbung vor Ort

PHASE 2

Beratung zur Projektidee

- Informelle Ideeneinreichung über MeinBerlin, per E-Mail oder telefonisch
- Feedback zu Förderfähigkeit, ggf. Verweis auf andere Förderkulissen und notwendige Genehmigungen
- Ggf. Anpassung der Idee nach Feedback des/der Kiezkassenbeauftragten

PHASE 3

Projektantrag

- Formaler Projektantrag wird ausgefüllt und per E-Mail, postalisch oder in Person eingereicht
- Prüfung auf Vollständigkeit und Förderfähigkeit
- Vergabe der Projektnummer
- Eingabe in die Excel-Übersicht



PHASE 4

Kiezkassenversammlung

- Vorbereitung
- Moderation
- Vorstellung der eingegangenen Projektanträge
- Möglichkeit zur Einreichung neuer, spontaner Projektanträge
- Diskussion und Abstimmung
- Priorisierung der Nachrückerprojekte
- Nachbereitung und Aktualisierung der Excel-Übersicht

PHASE 5

Projektumsetzung

- Ausstellung des Zuwendungsbescheids (ggf. mit Auflagen zu Genehmigungen)
- Mittelabruf
- Überweisung der Gelder
- Umsetzung der Projekte durch Projektinitiator:innen

PHASE 6

Abrechnung

- Einreichung von Verwendungsnachweis (Sachbericht und Belegliste) bei OE SPK
- Prüfung des Verwendungsnachweis
- Ggf. Rückzahlung nicht verwendeter Mittel
- Ausstellung des Prüfbescheids



- Persönliche Beratung durch klare Ansprechperson
- Gute Erreichbarkeit (Telefon, Mail, Sprechzeiten)



- Zeitintensive, individuelle Beratung
- Kenntnis von Verwaltungsstrukturen erforderlich bzw. hilfreich
- Unklarheit über Prozess und Förderkriterien durch verstreute Informationslage



- Zusätzliches Unterstützungsangebot des Bezirksamts Treptow-Köpenick durch den zentralen Dienst für Zuwendungen
- Möglichkeit zur Einreichung per E-Mail



- Bürokratischer Aufwand durch analoge Unterschrift, PDF-Formular
- „Verwaltungsdeutsch“
- Doppelstruktur mit MeinBerlin.de
- Händische Übertragung der Anträge in Excel und ggf. auf MeinBerlin.de
- Zeitaufwendiges Nachfragen bei unvollständigen oder fehlerhaft ausgefüllten Anträgen

PHASE 2

Ideen-Einreichung

In dieser Phase werden die interessierten Antragstellenden zu ihrer Projektidee beraten. Diese Beratung ist ein optionales Angebot und wird von vielen Antragstellenden übersprungen, indem sie ihre Projektidee gleich in einen formellen Antrag überführen und im Bezirksamt einreichen. Projektideen werden derzeit entweder über die landeseigene Beteiligungsplattform MeinBerlin.de, als formlose E-Mail, mündlich per Telefon oder auf einer Kiezkassenversammlung vorgestellt. Daraufhin berät der/die Kiezkassenbeauftragte über die Förderfähigkeit der Projektidee innerhalb der Kiezkassen. Passt die Projektidee, wird auf die Notwendigkeiten einer persönlichen Vorstellung des Vorhabens auf der Kiezkassenversammlung sowie die Einreichung eines offiziellen Projektantrags hingewiesen. Falls eine Idee nicht den Förderkriterien der Kiezkassen entspricht, wird im Rahmen der Beratungsphase auf andere Fördertöpfe (siehe Abbildung 9, S. 37-38) verwiesen.

PHASE 3

Der Projektantrag

Der Projektantrag kann auf der Webseite des Bezirksamts heruntergeladen und dann entweder händisch oder digital ausgefüllt werden. Auch bei einem bereits ausgefüllten Ideen-Eintrag auf MeinBerlin.de muss der PDF-Antrag zusätzlich ausgefüllt werden, da laut Zuwendungsrecht die notwendigen Daten (z. B. Kontaktinformationen; Finanzierungsplan) als zu sensibel für MeinBerlin.de gelten. Sobald der Antrag bei der SPK eingegangen ist – entweder postalisch, per E-Mail oder in Person vorbeigebracht – beginnt der Prozess der verwaltungsseitigen Vorprüfung.

Alle Infos aus dem eingegangenen Antrag werden dann durch den/die Kiezkassenbeauftragte:n auf Vollständigkeit und Förderfähigkeit geprüft und in eine Exceltabelle aller Kiezkassenanträge des Jahres übertragen. Die Tabelle enthält Informationen wie Projekttitel, Eingangsdatum, beantragte Summe und gegebenenfalls auch Bemerkungen zu vergangenen Anträgen der/des gleichen Antragstellenden aus den vergangenen Jahren. Sie ist aktuell das zentrale Arbeitsdokument der Verwaltung im Kiezkassenprozess. Später werden hier weitere Informationen wie Daten zur Mittel-ausschüttung, Durchführung und Abrechnung ergänzt.

Oftmals werden noch unvollständige oder falsch ausgefüllte Anträge eingereicht, daher fällt in dieser Phase auch oftmals eine erneute Beratungsleistung durch den/die Kiezkassenbeauftragte:n an; z. B. weil zusätzliche Genehmigungen von Fachämtern eingeholt werden müssen. Außerdem trägt der/die Kiezkassenbeauftragte den Antrag, falls dies nicht bereits geschehen ist, auf MeinBerlin.de ein. Dieser Vorgang dient der Transparenz nach außen und der Vermeidung potenzieller Dopplungen der Projektanträge in einer Bezirksregion.

Aktuell können Projektanträge extrem kurzfristig – also bis zum Tag der Kiezkassenversammlung – eingereicht und noch kurzfristig auf der Versammlung zur Abstimmung gebracht werden. Allerdings müssen die Antragstellenden anwesend sein und Anträge, die erst während der Veranstaltung digital eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

PHASE 4

Kiezkassenversammlung

Auf der Kiezkassenversammlung wird über die Umsetzung der beantragten Projekte entschieden. Sie wird durch die Kiezpat:innen moderiert. Zur Vorbereitung wird ihnen durch die OE SPK eine Exceldatei mit allen Anträgen als Projektübersicht mit entsprechenden Hinweisen zur Förderfähigkeit und eventuellen Auflagebestimmungen zugesandt. In der Versammlung stellen die Antragsstellenden ihre Projektidee vor. Anschließend werden die Ideen von allen anwesenden Bürger:innen diskutiert und priorisiert. Im Laufe der Diskussion einigen sich die Teilnehmer:innen bei erheblicher Überschreitung der maximalen Fördersumme für die Region häufig darauf, ihre beantragten Summen so zu reduzieren, damit alle eingereichten und für sinnvoll durch die Bürger:innen erachteten Projektideen gefördert und damit im eigenen Kiez umgesetzt werden können. Die finale Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Durch die vorherige Priorisierung der Projekte ergibt sich bei einem Überangebot an Projektideen gegebenenfalls eine „Nachrückliste“. Sollte ein bezuschlagtes Projekt aus unvorhersehbaren Gründen innerhalb des Jahres doch nicht durchgeführt werden können, werden die Gelder an ein (oder mehrere) Nachrücker-Projekt(e) ausgezahlt werden. Die Kiezkassenversammlung endet mit einem Beschlussprotokoll, welches an die Kiezkassenbeauftragte übergeben wird und politisch beschlossen werden muss. Die Dauer der Kiezkassenversammlungen und auch die Methodik der Abstimmung variiert oft sehr stark. So hat es je nach Teilnehmer:innenzusammensetzung bereits 15-minütige, aber auch 3-stündige Kiezkassenversammlungen gegeben.

PHASE 5

Projektumsetzung

Da sich auf der Kiezkassenversammlung häufig Projektanträge verändern (z. B. da sich beantragte Summen verschieben) wird die verwaltungsinterne Exceltabelle der Projektübersicht hinsichtlich der auf der Versammlung final bezuschlagten Projektinformationen aktualisiert. Im nächsten Schritt wird jeder beschlossene Projektantrag erneut im Detail geprüft, unter anderem auf Informationen wie den Finanzierungsplan, ggf. die Transparenzdatenbanknummer bei antragsstellenden Vereinen oder die notwendige Unterschrift. Wichtig sind hier auch die Angaben darüber, ob das Projekt noch weitere Förderungen erhält, um Doppelförderungen zu vermeiden. Erst mit dem Zuwendungsbescheid, welcher der oder dem Antragsteller:in nach Zuwendungsrecht per Post zugesandt wird, ist das Projekt formal bewilligt und kann mit der Umsetzung starten.

Der Bewilligungszeitraum des Projekts beginnt nach Erhalt des Zuwendungsbescheids. Sofern bis September keine Mittelabrufe durch die Antragstellenden eingegangen sind, wird zu diesem Zeitpunkt eine Erinnerung durch die Kiezkassenbeauftragte versendet. Falls im Laufe der Umsetzung Änderungen am Finanzplan auftreten, z. B. weil ein Posten entfällt, müssen die Projektinitiator:innen einen Änderungsantrag stellen, damit gespartes Geld an Nachrücker:innen verteilt werden kann. Falls ein Projekt nicht durchgeführt werden konnte, muss ein Widerrufsbescheid erstellt werden und es werden erneut Nachrückerprojekte kontaktiert. Die Auszahlung der Gelder erfolgt verwaltungsseitig mithilfe der Software ProFiskal.



- Austausch und Vernetzung mit anderen Antragstellenden
- Gegenseitige Hilfsbereitschaft und konstruktive Diskussion
- Nahbarkeit von Politik und Verwaltung
- Deliberatives, demokratieförderndes Potenzial



- Zu kurzfristige Ankündigung und Bewerbung
- Intransparenz über Gründe für Entscheidung über Förderfähigkeit
- Nicht genügend Zeit bzw. bereitgestellte Informationen über eingereichte Projektanträge
- Ungleiche Chancen bei Nichtteilnahme in Person
- Hürden für Neuankömmlinge, wenn alle anderen sich bereits kennen
- Spontane Anträge verursachen Mehraufwände
- Fehlende Standardisierung im Abstimmungs- und Protokollverhalten
- Mangelnde Diversität der Teilnehmenden



- Gute Projektbegleitung und offenes Ohr für Nachfragen
- Möglichkeit zu nachträglichen Anpassungen am Finanzierungsplan



- Aufwendiger und papierlastiger Zuwendungsprozess
- Erinnerungen bei zu spätem Mittelabruf
- Bürokratischer Aufwand der Überweisungen

PHASE 6

Projektabschlussrechnung

In dieser Phase geht es um den Nachweis der Projektdurchführung. Die Durchführenden legen hierfür einen Verwednungsnachweis vor, der belegt, welche Mittel wann und wofür ausgegeben wurden. Verwaltungsseitig werden die Verwendungsnachweise hinsichtlich aller geförderten (meist Sach-)Ausgaben geprüft. Sofern keine Rückfragen mehr bestehen oder weitere Informationen und Belege nachgereicht werden müssen, wird ein Prüfbescheid ausgestellt, der den erfolgreichen Abschluss der Projektumsetzung und die rechtssichere Mittelverwendung bescheinigt.

- ⊕
- Hohe Verfahrenssicherheit
- Klare Anforderungen und Vorgaben

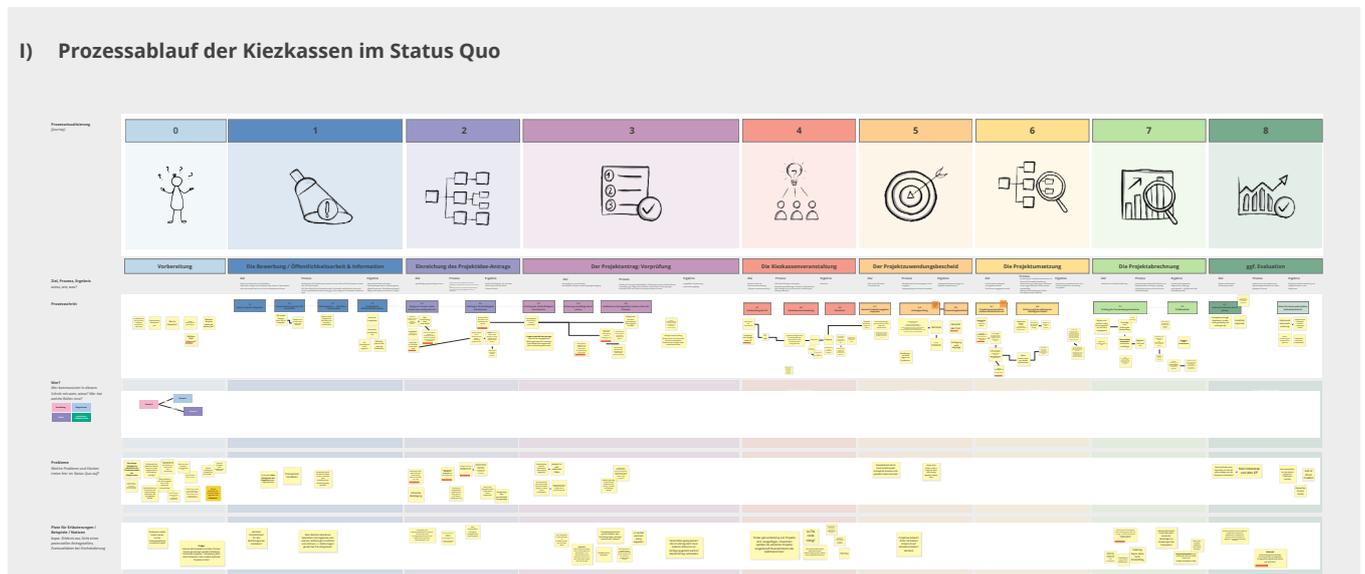
- ⊖
- Erneute individuelle Prüfung
- Fehlende oder mangelhafte Projektdokumentation

(PHASE 7)

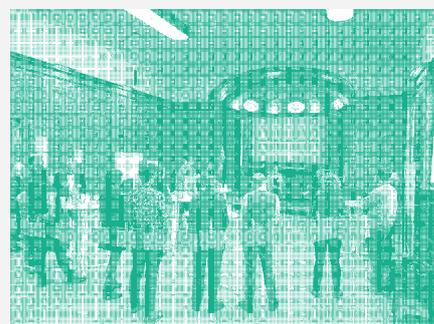
Evaluation

Aktuell existiert weder eine formelle Evaluation der Kiezkassen insgesamt, noch der geförderten Projekte. Am Ende des Kiezkassenjahres werden verwaltungsintern die Exceltabelle und das Antragsformular überprüft, gegebenenfalls angepasst und als Pressemitteilung in einer tabellarischen und summerischen Gesamtübersicht über die Pressestelle und auf der Bezirkswebseite veröffentlicht. Bis zum Start des Pilotprojekts gab es darüber hinaus kein gemeinsames Feedbackgespräch mit den Kiezpat:innen, und auch keine anschauliche Dokumentation und Darstellung über erfolgreich umgesetzte Projekte eines Kiezkassenjahres.

ABB. 10 Auszug des Miroboards zur Identifikation der Kiezkassenprozessphasen im ersten Workshop mit der Kiezkassenbeauftragten des Bezirksamts



Dokumentation der Beteiligungsmaßnahmen



**Kick-Off mit
Fachamtsleitungen
im Bezirksamt**



**Fokusgruppenworkshop
mit Antragstellenden**



**BVV-Workshop mit
den Kiezpat:innen**

Identifizierte Problemfelder und Lösungsansätze

Im Folgenden werden die übergreifenden Problemfelder, die im Rahmen der Bedarfsanalyse erkannt wurden, ausführlicher beschrieben und erste Lösungsansätze vorgestellt.

Bereitstellung und Aufbereitung von Informationen

Als große Hürde wurde vor allem von Zivilgesellschaft und Kiezpat:innen die als unübersichtlich wahrgenommene Aufbereitung von Informationen über den Kiezkassenprozess benannt. Zwar gibt es eigens eingerichtete Kiezkassen-Unterseiten auf der Webseite des Bezirksamts, allerdings ist die Nutzer:innenführung dort nicht intuitiv, und wichtige Informationen sind teilweise sehr versteckt oder nicht präzise und kompakt genug beschrieben. Dazu kommt, dass die Informationen über die Kiezkassen zu verteilt sind; wichtige Teilaspekte finden sich auf MeinBerlin, den Seiten der Kiezpat:innen oder in Pressemitteilungen. Durch die Aufteilung des Bezirks in 20 Bezirksregionen, und damit 20 Kiezkassen, werden verschiedene Kanäle zur Information genutzt, die nicht gut miteinander verzahnt sind und die Informationsbeschaffung übermäßig kompliziert machen.

Dieser Zustand hat zur Folge, dass sich einerseits die Bürger:innenschaft nicht ausreichend informiert fühlt. Selbst wenn sie bereits von dem Angebot der Kiezkassen erfahren hat, sind die Hürden für die Antragstellung durch die Unübersichtlichkeit hoch und ein Antrag erfordert für Neulinge viel Einarbeitungszeit. Dazu kommt, dass Informationen aktuell überwiegend auf Deutsch bereitgestellt werden, was auf nicht-Muttersprachler:innen zusätzlich abschreckend wirkt.

Andererseits sind auch die Aufwände für die Verwaltung hierdurch extrem hoch: die individuelle Beratung und Beantwortung von Fragen wie zum Beispiel nach Förderkriterien oder geeigneteren Förderkulissen kostet viel Zeit, und wäre vor allem bei einem erhöhten Volumen von Projektanträgen nur schwerlich in guter Qualität leistbar. Es steht außerdem nicht im Verhältnis mit den vergleichsweise geringen Förderbeträgen, um die es bei den Kiezkassen geht.

Für ein effizienteres Verfahren ist die übersichtlichere und barrierefreie Bereitstellung und Aufbereitung von Informationen ein wichtiger erster Schritt. Dafür braucht es einen zentralen Ort, an dem alle Informationen rund um die Kiezkassen zusammengestellt sind und zusätzliche, mehrsprachige und weniger textlastige Informationsaufbereitungen.

Rollenverständnis und Engagement der Kiezpat:innen

Das Engagement der Kiezpat:innen hat einen direkten Einfluss auf den Erfolg der Kiezkassen, da sie an zwei wichtigen Phasen des Prozesses eine zentrale Funktion einnehmen: im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Information sind sie das Bindeglied zwischen Verwaltung und der lokalen Zivilgesellschaft und dafür verantwortlich, die Kiezkassen zu bewerben. Außerdem moderieren sie die Kiezkassenversammlung und bereiten diese vor und nach. In beiden Phasen hat sich gezeigt, dass die 20 bzw. 40 Kiezpat:innen ihre Rolle sehr unterschiedlich ausfüllen; einige investieren viel Mühe, Zeit und auch finanzielle Mittel der Aufwandsentschädigung, die sie als Bezirksverordnete bekommen, für die Kiezkassen, andere bleiben eher zurückhaltend und wenig aktiv. Es gibt keine formale Rollenbeschreibung oder Richtlinien für die Aufgaben, die als Kiezpat:in anfallen und da die Kiezkassen politisch neutral sind und es bleiben sollen, können Kiezpat:innen ihr Engagement für sie auch nicht zu Wahlkampfzwecken nutzen. Die fehlende Formalisierung ist einerseits Charme der Kiezkassen, gleichzeitig sollten – da es sich um die Verausgabung von öffentlichen Mitteln handelt – gleiche Regeln, Möglichkeiten von Transparenz und wiederkehrende Abläufe etabliert werden.

Mit diesem Rollenkonflikt geht die grundsätzliche Frage einher, inwiefern politische Akteure eine Rolle in Prozessen der partizipativen Budgetplanung spielen können. Die Kiezkassenmittel werden von der BVV bereitgestellt. Die Kiezpat:innen repräsentieren in ihrer Funktion als Bezirksverordnete politische Interessen und können, so sehr sie es auch versuchen, diese Funktion nicht komplett ablegen. In der Vergangenheit kam es zum Beispiel vor, dass die Zivilgesellschaft einen Kiezkassenprozess komplett boykottierte, da er von einem AfD-Kiezpaten koordiniert wurde. Weiterhin hat die Bestandsanalyse gezeigt, dass die Kommunikation zwischen Verwaltung und Kiezpat:innen ausgebaut werden könnte, um abgestimmter in die Bewerbungsphase der Kiezkassenveranstaltungen zu starten sowie die Beratung und Abwicklung der Projekte zu gestalten.

Notwendig ist eine klarere Rollenbeschreibung der Kiezpat:innen und bessere Übergabe- und Einarbeitungsressourcen, zum Beispiel in Form eines Handbuchs. Klarere Kommunikationsstrukturen und die bessere Verzahnung der einzelnen Kiezkassenveranstaltung würden den Arbeitsaufwand auf beiden Seiten, der Verwaltung und der Politik, erleichtern.

Zugänglichkeit und Barrierefreiheit der Kiezkassenversammlung

Die Kiezkassen – und das wurde von vielen Beteiligten immer wieder betont – bringen Menschen zusammen und lassen Netzwerke entstehen. Das Aufeinandertreffen im „realen“ Raum innerhalb der Kiezkassenversammlungen wurde hervorgehoben als ein essentieller Bestandteil des Prozesses, da sich hier mit anderen Personen, Vereinen und Initiativen aus der Nachbarschaft vernetzt werden kann.

Doch die Veranstaltung kann auf wenig erfahrene Akteure abschreckend wirken, und die (meist) erforderliche Anwesenheit in Person steht im starken Widerspruch zum Grundgedanken vieler digitaler Bürger:innenhaushalte und -budgets,

möglichst viele Personen durch barrierefreie Onlinebeteiligung zu erreichen. Zwar ist es in einigen Regionen möglich, Anträge einzureichen und sie nicht persönlich auf der Kiezkassenversammlung vorzustellen. Jedoch berichten Teilnehmende, dass die Chancen für eine positive Abstimmung durch Präsenz auf der Veranstaltung deutlich steigen.

Auch der uneinheitliche Abstimmungsprozess vor Ort bringt Hürden mit sich: fehlende Anonymität kann dazu führen, dass neue Teilnehmende sich eingeschüchtert und in ihrer Meinungsäußerung eingeschränkt fühlen. Zudem berichteten viele Beteiligte, dass sie mehr Zeit und eine transparentere Aufbereitung der eingegangenen Projektideen pro Kiezkassenregion bräuchten, um im Vorfeld alle Projektideen zu lesen und zu priorisieren. Des Weiteren ist es problematisch, dass Personen, die z. B. wegen Krankheit oder aus terminlichen Gründen nicht an der Kiezkassenversammlung teilnehmen können, ausgeschlossen werden.

Um diesem Problem zu begegnen, aber auch dem direkten Austausch und Versammlungscharakter der Veranstaltung nicht zu schaden, sollte eine hybride Form standardmäßig für den Kiezkassenprozess eingeführt werden. Für eine fairere und transparentere Abstimmung ist die Möglichkeit, online teilzunehmen und auch für Projektideen abzustimmen ein wichtiges Optimierungspotenzial.

Inanspruchnahme von Zuwendungen durch die (organisierte) Zivilgesellschaft

Die Kiezkassen in Treptow-Köpenick zeichnen sich durch einen relativ aufwendigen und intransparenten Antragsprozess sowie eine Umsetzung in Eigeninitiative aus. Man muss also bestimmte Fertigkeiten und Kenntnisse mitbringen. So kommt es, dass sich jedes Jahr zum Großteil die gleichen Akteur:innen am Kiezkassenprozess beteiligen. Dabei handelt es sich oftmals um Vereine, die regelmäßig finanzielle Unterstützung durch die Kiezkassen erhalten. Dabei sind nicht alle an einer gemeinwohlorientierten Verbesserung des Wohnumfeldes interessiert, sondern nutzen das Geld für Vereinsinteressen in der Bezirksregion. Im Gegensatz dazu bleiben Privatpersonen, die vermeintlich weniger professionell auftreten und weniger Erfahrungen in puncto Rhetorik, Bürokratie, Präsentationen und Projektmanagement oder weniger zeitliche Kapazitäten für den recht umfangreichen Antrag haben, häufig unterrepräsentiert; vielleicht weil es oft erst gar nicht zu einem Antrag kommt. Diese Diskrepanz führt dazu, dass professionelle Vereine fest mit den Geldern aus der Kiezkasse rechnen können, nicht selten in einer Art „Dauerförderung“, während andere Antragsstellenden mit vielversprechenden Ideen kaum eine Chance erhalten.

Mehrere erfahrene Antragsstellende bestätigten, dass bei ihren ersten Kiezkassenerfahrungen viele Hürden bestanden. Sie berichteten weiter, dass der Prozess erheblich einfacher wird, wenn man ihn erstmal verstanden hat. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass erst mit mehrmaliger Teilnahme eine Professionalisierung im Antrags- und Projektabwicklungsprozess entstehen kann. Diese Expertisierung richtet sich generell gegen den Grundgedanken von niedrigschwelligen partizipativen Budgetplanungen, ist aber häufig in Bürger:innenbeteiligungsprozessen zu beobachten. Dabei gibt es für die organisierte Zivilgesellschaft diverse andere Förderkulissen, für Projektideen durch Einzelpersonen hingegen nur wenige.

Fehlende Digitalisierung

Als roter Faden zieht sich der als bürokratisch und analog empfundene Prozess durch die Ergebnisse der Beteiligung der verschiedenen Zielgruppen. Auf Seiten der Zivilgesellschaft wird das Antragformular sowie der aufwendige Mail- und Postverkehr als große Hürde im Prozess benannt. Dazu zählen auch PDF-Formulare, die zur Unterschrift ausgedruckt und wieder eingescannt werden müssen oder mehrseitige Briefe für den Zuwendungsbescheid. Durch ein digitales Formular mit entsprechenden Hilfestellungen zur Befüllung in Form einer digitalen Antragsassistenten würden vor allem Personen profitieren, die keine bis wenig Erfahrung mit Anträgen oder auch Kostenkalkulationen und Finanzplänen haben.

Auch für die Verwaltung bilden die wenig bis gar nicht existierenden digitalisierten Arbeitsschritte derzeit einen großen Mehraufwand in der Projektverwaltung. Als Beispiel sei die doppelte Einarbeitung von Projektinformationen auf MeinBerlin.de und in der verwaltungsinternen Excel-Liste zu nennen. Auch wenn es einige Formulare gibt, auf die laut Zuwendungsrecht nicht verzichtet werden kann, könnte mit Hilfe von digitalen Tools über die gesamten Bearbeitungsphasen der Kiezkassen eine bedeutende Effizienzsteigerung erzielt werden.

Die landeseigene Beteiligungsplattform soll als zentraler digitaler Raum für Partizipation in Berlin eigentlich alle Möglichkeiten für Bürger:innenbeteiligung abbilden, ist aber nicht für Prozesse der Bürger:innen- bzw. Stadteilbudgets ausgelegt. Dadurch entsteht momentan eher mehr Komplexität in der Bearbeitung als Entlastung erzielt wird und die Bezirke werden dazu gedrängt, sich alternative, zumeist Insellösungen zu suchen, da sie an die Nutzung der Plattform aus Transparenzgründen gebunden sind.

Evaluation

Aktuell fehlt eine standardisierte und strategische Evaluation der Kiezkassen, es fehlen Kommunikationsstrukturen zwischen Bezirkspolitik und Verwaltung und Feedbackmechanismen für die Zivilgesellschaft. Auch um die Wirkung des Pilotprojekts zu überprüfen, sollte eine zusätzliche Evaluationsphase in den Kiezkassenprozess eingebaut werden. Dafür können zum Großteil ohnehin vorliegende Daten nebeneinandergehalten werden, auch um eventuelle Anpassungen an einem Tool oder anderen Anpassungen auszuwerten. Vorgeschlagen werden in Anlehnung an die Auswertung vom Eberswalder Bürgerbudget³¹ beispielsweise die folgenden Kriterien:

- Anzahl der Vorschläge (absolut)
- Anteil der gültigen Ideeneinreichungen in %
- Menge der einreichenden Personen / Institutionen (absolut)
- Geschlechterverteilung der Einreichenden (in %, m/w/d)
- Erfolgreich umgesetzte Vorschläge
- Zahl an abstimmenden Personen (absolut)

31

bipar o.J.: Bürgerbudgets in Deutschland. Formen, Bedeutung und Potentiale zur Förderung politischer Teilhabe und bürgerschaftlichem Engagements; [Online verfügbar](#): S. 17

Zwischenfazit des Status quo der Kiezkassen

Die Kiezkassen in Treptow-Köpenick stehen auf dem Prüfstand – und das ist gut so. Denn es zeigt sich, dass Unzufriedenheit mit dem Status quo bei allen beteiligten Akteursgruppen herrscht. Trotz der unterschiedlichen Blickwinkel auf die Kiezkassen überschneiden sich die Kritikpunkte an vielen Stellen. Hoher Aufwand besteht sowohl auf Seiten der Bürger:innen, als auch seitens der Verwaltung in der Bearbeitung der Kiezkassen. Eine verbesserte Nutzer:innenfreundlichkeit und der Abbau von komplexen bürokratischen Strukturen kann daher als zentrales Ziel des Pilotprojekts bestätigt werden. Basierend auf den Workshops mit Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung lassen sich die Schwachstellen der Kiezkassen anhand von drei zentralen Punkten zusammenfassen: **mangelnde Niedrigschwelligkeit, Transparenz und Effizienz.**

Eine unzureichende Informationsversorgung und das bürokratische Antragsprozedere haben zur Folge, dass vor allem gut organisierte Akteure sich in den Prozess einarbeiten können, und von ihm profitieren. Junge Menschen und Personen, die keine deutschen Muttersprachler:innen sind, tauchen aktuell im Kiezkassenprozess so gut wie gar nicht auf – dabei ist gerade die Aktivierung von Gruppen, die in klassisch repräsentativen Prozessen kein Gehör finden, das Ziel partizipativer Budgetplanungen. Das einsprachige und komplexe Informationsangebot ist hier sicher nur ein Grund von vielen, wäre jedoch ein guter erster Ansatzpunkt um diese Zielgruppen anzusprechen und einzubinden.

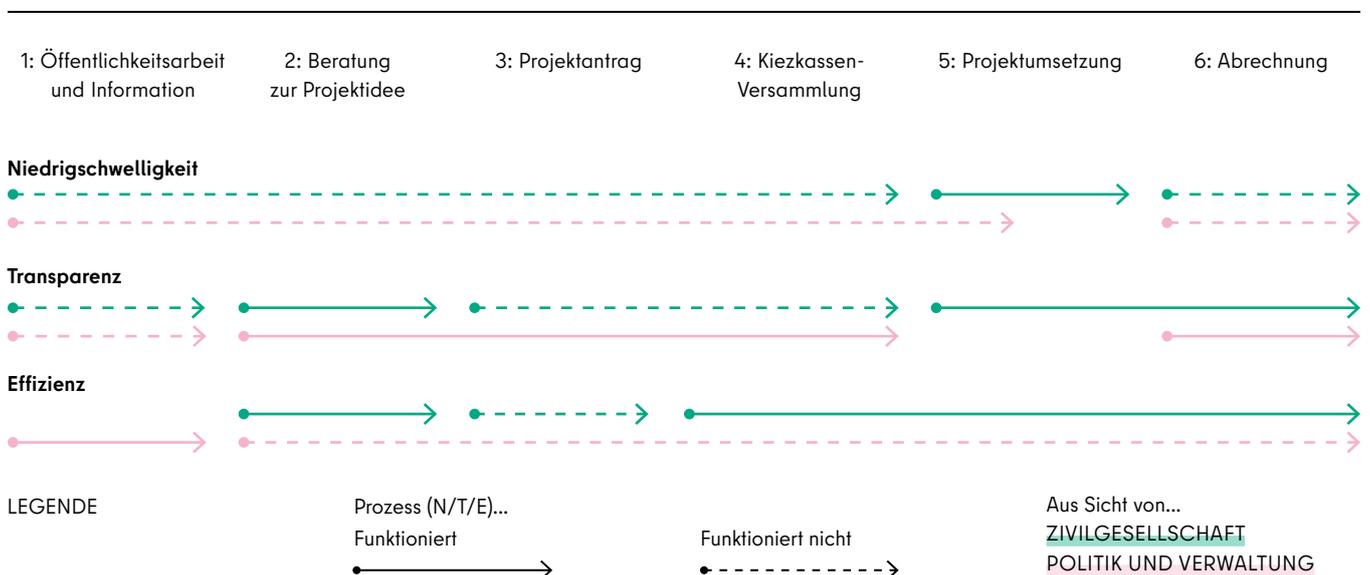
Gleichzeitig führt der bislang unscharfe und wenig standardisierte Prozess dazu, dass sowohl Antragstellende, als auch die Kiezpat:innen viele Rückfragen haben, und die Phase von der Idee bis zum korrekten und vollständigen Antrag für die Verwaltung sehr beratungs- und damit ressourcenintensiv ist. Mangelnde Transparenz und hohe Teilnahmeschwellen wurden weiterhin in der Phase der Kiezkassenversammlung kritisiert – kurzfristige Terminierung, Unklarheit über eingereichte Projektideen und Abstimmungsverfahren sowie eine Benachteiligung von Personen, die nicht in Person teilnehmen können, sind hier hervorzuheben. Gerade vor dem Hintergrund der engen Verzahnung der Bezirkspolitik durch die Kiezpat:innen in den Prozess sollte hier mehr Einheitlichkeit und ein gemeinsames Vorgehen etabliert werden.

Für die Verwaltung muss vor allem die Effizienzsteigerung des Kiezkassenprozess im Vordergrund stehen: die händische und manuelle Bearbeitung der Anträge verzögert Abläufe enorm und ist auf lange Sicht, und vor dem Hintergrund, dass zukünftig mehr Anträge die Kiezkassen erreichen sollen, nicht leistbar. Hierbei ist auch zu hinterfragen, ob die engmaschige Beratung und wiederholte Bearbeitung der Anträge in seiner jetzigen Form tatsächlich notwendig ist. Ein gründlicher Blick auf den Prozess im Status Quo lässt vermuten, dass durch kleine Anpassungen bereits in diesem Kiezkassenjahr Arbeitsabläufe vereinfacht werden könnten, ohne Verfahrenssicherheit einzubüßen. Die Doppelstruktur mit MeinBerlin.de ließe sich zum Beispiel reduzieren, indem alle Antragstellenden nur dort ihre Projektideen veröffentlichen, und erst nach der Kiezkassenversammlung, auf der über die tatsächliche Umsetzung der Projekte und ihren Mittelumfang entschieden wird, mit den Informationen von MeinBerlin.de bereits vorausgefüllte Anträge vervollständigen und vor Ort unterschreiben.

Es wird deutlich, dass einige grundlegende Eingriffe vorgenommen werden müssen, um eine gute Basis für die nun anstehenden Schritte im Rahmen einer digitalen Entwicklung der Kiezkassen herzustellen. Dabei bildet die vorliegende Bestandsanalyse einen ersten Schritt; zur Optimierung der Kiezkassen wäre eine weitere Prozessphase der Evaluation eine wichtige Ergänzung, um ihren Erfolg vergleich- und lesbar zu machen.

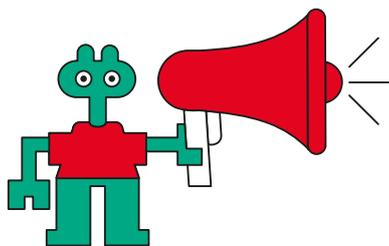
Das nachfolgende Schema fasst zusammen, wo im Prozess Handlungsbedarf in Bezug auf die angesprochenen Punkten „Niedrigschwelligkeit, Transparenz und Effizienz“ identifiziert wurde.

ABB. 12 Schematische Analyse des Kiezkassenprozesses



Handlungsempfehlungen

Basierend auf den Erkenntnissen des ersten, theoretischen Teils der Vergleichsstudie und den Ergebnissen der Bestandsanalyse mit den beteiligten Zielgruppen werden in diesem abschließenden Kapitel die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen zur Verbesserung und Digitalisierung der Kiezkassen in Treptow-Köpenick zusammengefasst.



**Bezirksweite
Auftaktkampagne**

Höhere Transparenz durch Öffentlichkeitskampagne

Die Kiezkassen müssen sich vor allem dem Vorwurf stellen, „immer die üblichen Verdächtigen“ anzuziehen und zu begünstigen. Eine mangelnde Diversität der Antragstellenden, insbesondere in Bezug auf Alter und Herkunft, widerspricht dem eigentlichen Ziel partizipativer Budgetplanungen, insbesondere unterrepräsentierte Gruppen in politische und partizipative Prozesse mit einzubeziehen. Zwar sind die Personen, die sich seit langem für und in den Kiezkassen engagieren unerlässlich für viele ehrenamtliche und nachbarschaftliche Strukturen in Treptow-Köpenick, doch würde es dem Bezirk guttun, wenn zusätzliche neue Stimmen mit anderen Perspektiven seine Entwicklung ebenfalls mitgestalten würden. Um diese Zielgruppen zu erreichen ist eine großangelegte Öffentlichkeitskampagne notwendig, die die Kiezkassen bekannter macht und in deren Rahmen bestehende Prozesse und Informationen übersichtlicher und ansprechender aufbereitet werden.

Mit dem Beschluss Nr. 0115/10/12 vom 14.06.2022 hat die BVV hierfür bereits den Grundstein gelegt. Im Rahmen des Pilotprojekts kann nun eine breit angelegte und zielgerichtete Öffentlichkeitskampagne konzipiert und durchgeführt werden. Bestandteile der Kampagne könnten eine neue oder überarbeitete Webseite als zentrale Informationsplattform zum Kiezkassenprozess, ein einheitliches Corporate Design mit hohem Wiedererkennungswert für den gesamten Bezirk, gestaltete Vorlagen für analoge und digitale Werbematerialien, grafische Prozess- und Timelinedarstellungen, Informationsvideos und klassische Plakat- und Flyerkampagnen im Rahmen eines bezirksweiten „Kiezkassenmonats“ zum Auftakt des Kiezkassenjahres sein. Detailliertere Ausführungen zu den Vorüberlegungen über Bestandteile der Öffentlichkeitskampagne für die Kiezkassen sind in der [Dokumentation des BVV-Workshops](#) dargestellt.

Durch die ansprechende und klarere Darstellung von bereits vorhandenen Informationen können nicht nur mehr Personen und neue Zielgruppen erreicht werden, sie helfen dem Prozessverständnis nach innen und nach außen. Auch für den internen Gebrauch, zum Beispiel zu Übergabezwecken zwischen Kiezpat:innen oder Verwaltungsmitarbeitenden, hat die Öffentlichkeitskampagne damit einen Mehrwert und trägt insgesamt zur Transparenz der Kiezkassen bei.

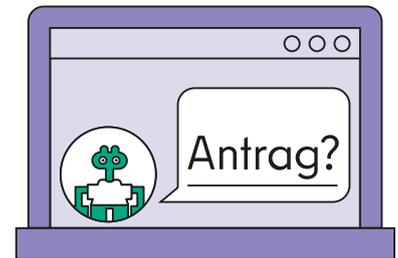
Mehr Niedrigschwelligkeit und Effizienz durch Digitale Tools

Als zweite wesentliche Herausforderung im Kiezkassenprozess hat sich im Rahmen der Bestandsanalyse der nach wie vor bürokratische und für alle Seiten zeit- und kostenaufwendige Antragsprozess herauskristallisiert. Sowohl die individuelle Beratung zur Förderfähigkeit und einem formal vollständig und korrekten Projektantrag, wie auch die verwaltungsinterne Bearbeitung der Anträge und ihren dazugehörigen Zuwendungs- und Prüfbescheiden gestalten sich derzeit hochgradig ineffizient und stehen in keinem Verhältnis zum Umfang der Fördersummen. Grund hierfür sind die landesweit geltenden Zuwendungsrichtlinien bei der Vergabe öffentlicher Gelder. Doch auch innerhalb dieser Zwänge sind die Stadt Berlin und der Bezirk Treptow-Köpenick in Sachen Digitalisierung unterentwickelt. Das zeigt der Blick auf andere erfolgreiche Städte und Kommunen. Dem extrem papierlastigen Prozess der Kiezkassen sollte daher durch den Einsatz digitaler Lösungen begegnet werden. Konkret könnte durch die Einführung digitaler Tools in den Bearbeitungsprozess vorrangig zwei Hürden begegnet werden:

Abbau von Barrieren Ein leicht zu bedienendes, intuitives und mehrsprachiges Tool ist wichtig, um den Prozess von der Idee bis zum erfolgreichen Projektantrag für alle Antragsstellenden zu vereinfachen, intuitiver und damit attraktiver zu machen. Somit könnten mehr und vor allem bis dato unterrepräsentierte Gruppen besser erreicht werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Digitalisierung vormals analoger Prozesse immer behutsam und zunächst als eine Ergänzung zu bestehenden Verfahren gedacht werden muss, damit nicht neue Barrieren entstehen, wo andere abgebaut wurden.

Effizienzsteigerung der Verwaltung Angesichts der rasanten Fortschritte der letzten Jahre im Bereich Smart City, Verwaltung 4.0 und Künstlicher Intelligenz wird das Thema Digitalisierung der Verwaltung immer zwingender. Durch den Einsatz digitaler Tools können öffentliche Ressourcen geschont und besser genutzt werden. Die Kiezkassen werden immer eine zentrale Ansprechperson brauchen und sollen allen Personen, unabhängig ihrer digitalen Fähigkeiten und Möglichkeiten, offenstehen. Gleichzeitig besteht gerade in der Beratungs- und Bearbeitungsphase der Kiezkassen großes Potenzial für verwaltungsseitige Arbeitserleichterung, zum Beispiel durch einen digitalen Assistenten, der über Förderkriterien, alternative Fördertöpfe, bereits geförderte Projekte bzw. Sachmittel und eventuell notwendige Zusatzgenehmigungen informiert. Neben der Beratung und Betreuung der Antragstellenden ist weiterhin die bürokratische Abwicklung der Projektanträge mit hohen Zeitaufwänden für die Kiezkassenbeauftragte Person verbunden. Hier hat sich gezeigt, dass eine sehr grundlegende und einfache Anwendung wie eine digitale Datenbank mit integriertem CRM-System („Customer Relationship Management“) die Projektbearbeitung, -steuerung und -kontrolle enorm erleichtern könnte.

Im Rahmen der Bestandsanalyse wurde deutlich, dass es keine hochkomplexen Digitallösungen braucht um den bisherigen Kiezkassenprozess sinnvoll zu vereinfachen und zu unterstützen. Im Folgenden und abschließenden Kapitel werden die Rückschlüsse aus Vergleichsstudie und Beteiligung für die Entwicklung digitaler Tools und Maßnahmen zur Optimierung der Kiezkassen vorgestellt.



Digitaler Antragsassistent



CRM und Projektdatenbank

Angestrebte Lösungen zur Optimierung der Kiezkassen in Treptow-Köpenick

HINWEIS

Der skizzierte Prozess und die angestrebten Digitallösungen werden im weiteren Projektverlauf nun tiefergehend geprüft: durch weitere Expert:inneninterviews, durch die Vernetzung mit relevanten Akteuren wie z. B. den Betreiber:innen von MeinBerlin.de, Liquid Democracy; und durch Gespräche mit ausgewählten Dienstleister:innen der in Teil I vorgestellten Best Practices. Daher ist zu betonen, dass zu diesem Zeitpunkt nicht abzusehen ist, welche der als notwendig befundenen Tools sich in welchem Umfang realisieren lassen. Die Zusammenfassung dient der Formulierung einer Vision und auf der Bestandsanalyse basierenden Zielen.

Drei konkrete Maßnahmen haben sich als notwendig für die Verbesserung der Kiezkassen erwiesen: eine Öffentlichkeitskampagne, die der höheren Reichweite und strukturierteren Durchführung der Kiezkassenversammlungen dient, ein digitaler Assistent, der im „Front End“ die Nutzer:innenfreundlichkeit verbessert und ein internes System, das als Projektgedächtnis und Projekt-Management-Tool im „Back-End“ für mehr Übersichtlichkeit, Nachvollziehbarkeit und vor allem verwaltungsseitige Arbeitserleichterung sorgt. Auch wenn die drei Maßnahmen auf verschiedene Prozessphasen und aktuelle Probleme der Kiezkassen einzahlen sollten sie eng miteinander verknüpft sein und idealerweise wie folgt zusammenarbeiten:

Im Rahmen der Öffentlichkeitskampagne wird ein zentraler Ort geschaffen, an dem neu aufbereitete Informationsmaterialien, aber auch alle zukünftigen digitalen Lösungen zentral bereitgestellt werden. Ein digitaler Assistent - in Form eines Chatbots, einer intelligenten Checkliste, oder einem anderen interaktiven Format - hilft bei der Navigation durch ein digitales Antragsformular. Dabei wird der Antrag auf Redundanz (bereits zuvor gefördert? Unpassend für die Kiezkassen?) und Vollständigkeit (weitere notwendige Genehmigungen?) geprüft und es wird gegebenenfalls auf andere Ressourcen weiterverwiesen. Im Rahmen der ÖA-Kampagne werden zudem Materialien wie z. B. Anleitungen und Vorlagen für die einheitlichere Durchführung der Kiezkassenversammlung erstellt. Auch Livestream und Online-Abstimmung werden am Ort des digitalen Antragsassistenten und der Informationsmaterialien integriert.

Der digitale Antragsassistent muss mit zwei weiteren Diensten verknüpfbar sein; relevante Infos aus dem Antragsformular sollten automatisch auf MeinBerlin.de übertragen werden, und außerdem in ein bezirksinternes CRM-System einfließen, das als Kontakt- und Projektmanagement-Tool im Hintergrund arbeitet und die bisher bestehende Exceldatei ablöst. Hier können personenbezogene Daten, Projektinfos und Kontaktpunkte wie E-Mails, Telefonate oder eingereichte Zuwendungsbescheide erfasst werden. Außerdem sollte der digitale Antrag bearbeitbar sein und den antragstellenden Personen Auskunft über ihren Antragstatus, anstehende Termine und notwendige nächste Schritte mitteilen. In einem abschließenden Schritt kann hier die Belegliste hochgeladen werden, und durch einen Fragebogen werden notwendige Informationen für Sachbericht und Evaluation gesammelt.

Niedrigschwelligkeit

Aus Sicht von Zivilgesellschaft

Transparenz

Aus Sicht von Zivilgesellschaft

Effizienz

Aus Sicht von Politik und Verwaltung

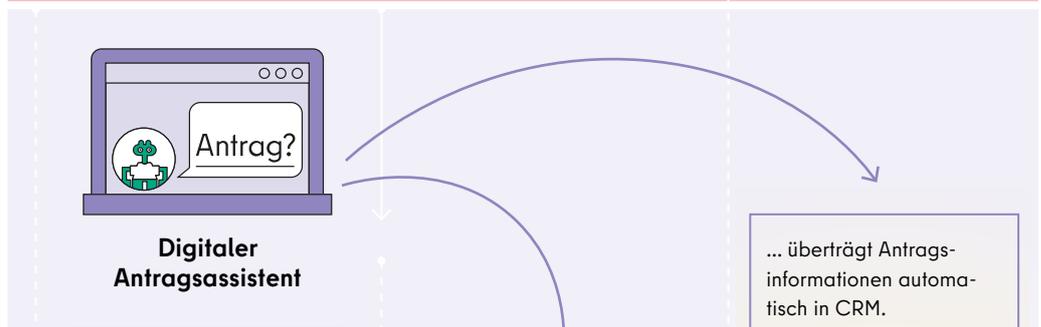
PHASE 1

Öffentlichkeitsarbeit und Information



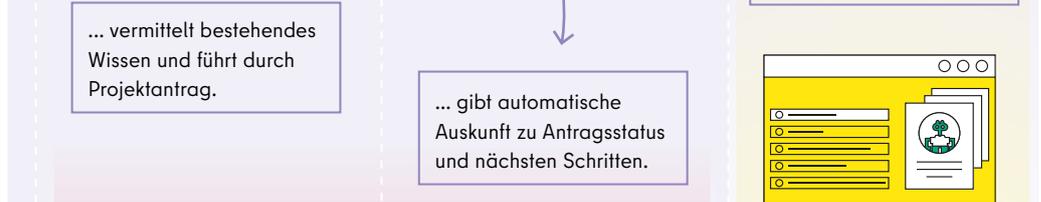
PHASE 2

Beratung zur Projektidee



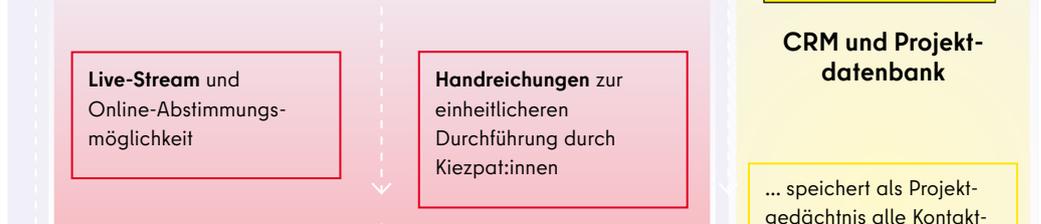
PHASE 3

Projektantrag



PHASE 4

Kiezkassen-versammlung



PHASE 5

Projektumsetzung



PHASE 6

Abrechnung



ABB. 13 Grafische Zusammenfassung der angestrebten Lösungen zur Optimierung der Kiezkassen

Fazit und Ausblick

Partizipative Budgetplanungen haben einerseits eine lange Tradition, erleben andererseits aber gerade seit der COVID-19 Pandemie einen erneuten Aufschwung. Dabei gibt es fast so viele Varianten, wie es Bürgerinnenhaushalte oder -budgets gibt - einige Städte nutzen PB für ausgewählte Themen, andere um bestimmte Zielgruppen zu erreichen, und Umfang, Ausgestaltung und Entscheidungsrahmen aller Prozesse variiert enorm. Partizipative Budgetplanungen werden als erfolgreich beschrieben, wenn sie möglichst niedrigschwellig, transparent und effizient ablaufen, dadurch viele Bürger:innen erreichen und keine Einmüllösungen bleiben, sondern sich als Ergänzung in bestehende Beteiligungsmaßnahmen einfügen und etablieren.

Die Kiezkassen in Treptow-Köpenick sind sehr gut eingespielt und etabliert, durch sie konnten in den vergangenen 10 Jahren zahlreiche Projekte im Bezirk von Bürger:innen für Bürger:innen umgesetzt werden, darunter zum Beispiel Nachbarschaftsfeste oder Sachmittel für Jugendeinrichtungen. Ihre genauere Untersuchung zeigt jedoch auch, dass die Kiezkassen gewissermaßen „festgefahren“ sind und das Potenzial, das in PB-Maßnahmen liegt nicht komplett ausschöpfen. Aktuell wird ein zu kleiner Teil der Treptow-Köpenicker durch das Angebot erreicht und es hat eine Form der Expertisierung eingesetzt, durch die vor allem professionelle oder gut vernetzte Akteure die bereitgestellten öffentlichen Mittel für sich nutzen. Dazu kommt die gewissermaßen paradoxe Situation, dass die Kiezkassen zwar politisch neutral sein sollen, aber von einem BVV-Beschluss abhängig sind und ihre Durchführung stark vom Engagement der BVV-Abgeordneten abhängig ist. Zivilgesellschaftliche Akteure kritisieren wiederholt, wie personenabhängig dadurch Erfolg und die Niedrigschwelligkeit der Kiezkassen sind. Gleichzeitig ist der aktuelle Prozess der verwaltungsseitigen Begleitung der Kiezkassen übermäßig komplex und papierlastig. Um ihr langfristiges Bestehen zu sichern und vor allem den Mittelaufwand, der in die Kiezkassen fließt verhältnismäßiger zu machen, sollten zwei miteinander verzahnte digitale Tools in den Prozess integriert werden: Ein digitaler Antrags-Assistent, der sowohl einen Großteil der Beratungsleistung ersetzt als auch den bisher analogen Antrag automatisiert und vereinfacht, sowie eine interne Projektdatenbank bzw. ein

CRM-System, in dem die Antragsinformationen gespeichert, verknüpft und verarbeitet werden können. Inwiefern Künstliche Intelligenz im Rahmen der angestrebten Tools sinnvoll und mit tatsächlichem Mehrwert eingesetzt werden kann ist noch offen, und wird im weiteren Projektverlauf geprüft. Zu betonen bleibt, dass die eingehende Untersuchung bereits bestehender Dienstleister und Tools Schwachstellen bzw. fehlende Funktionalitäten von MeinBerlin.de aufgezeigt hat, die Plattform jedoch eingebunden werden muss, um Einheitlichkeit und Transparenz zu gewährleisten. Eine mögliche Verknüpfung zwischen neuen digitalen Tools und MeinBerlin.de ist daher Ziel der weiteren Optimierung des Kiezkassenprozesses und des Pilotprojekts.

Nur wenn neu entwickelte Lösungen anschlussfähig an bereits bestehende Strukturen sind, haben sie auch eine Chance, sich langfristig durchzusetzen und somit eine tatsächliche Effizienzsteigerung und Arbeitserleichterung seitens der Verwaltung herbeizuführen. Dieses Ziel wird also auch im Fokus der nächsten Projektphase der Toolentwicklung stehen. Anschließend an die Bestandsanalyse wird nun die Ausschreibung für einen technischen Dienstleister vorbereitet.

ANHANG: ÜBERSICHT UND VERGLEICH RELEVANTER DIENSTLEISTER UND TOOLS

Die folgende Übersicht fasst Beispiele von bestehenden Dienstleistern und Online-Plattformen oder Tools zusammen, die im Rahmen der Bestandsanalyse genauer untersucht wurden, und auf ihre Anschlussfähigkeit für den Kiez-kassenprozess geprüft wurden. Dabei wurde einerseits auf die Funktionen geachtet, andererseits wurde auch der Standort mitbetrachtet, da nur DSGVO-konforme Plattformen für den weiteren Projektverlauf in Betracht gezogen werden können. Die Übersicht hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

LEGENDE

Open-Source Dienstleister oder Tools

Kommerzielle Dienstleister oder Tools

DIENSTLEISTER UND TOOLS	BESCHREIBUNG	ANWENDUNGS-BEISPIELE	FUNKTIONEN	MÖGLICHE SCHNITTSTELLEN ZU KIESKASSENPROZESS	STANDORT
<u>Granicus</u>	(ehem. Budget Allocator); eine Cloud-basierte Plattform, die diverse digitale Lösungen für die Interaktion zwischen Behörden und ihren Bürger:innen anbietet.	Diverse Kommunen und Städte in den USA, weiterhin verbreitet in Australien, Großbritannien und Indien	Terminmanagement, digitale Antragsformulare, Ablagesysteme, digitale Kommunikation, Webseiten und CMS-Systeme	Projektantrag, Abrechnung	USA
<u>Citizen-Lab</u>	Eine Beteiligungsplattform, die es Verwaltungen und Kommunen ermöglicht, ihre Bürger:innen mit einem zentralen Werkzeug zu befragen.	Mehr als 500 Behörden in über 20 Ländern, u.a. Wien, Coburg, Gent und Montreal	Umfragen, partizipatives Budgeting-Tool, Projektmanagement-Tools, KI-basierte Analysen und Auswertungen	Öffentlichkeitsarbeit & Information, Projektantrag, Kiez-kassenversammlung, Projektumsetzung, Abrechnung	Belgien; gehostet in Deutschland ISO/IEC und ISAE-zertifiziert, DSGVO-konform
<u>MindMixer</u>	„Virtuelle Town Hall“; hilft lokalen Akteuren, Ideen und Feedback von Bürger:innen sowie Initiativen zur partizipativen Haushaltsführung einzuholen	Städte und Gemeinden in den USA aber auch Schulen, NGOs und Beratungen; u.a. Phoenix, Los Angeles	Ideeneinreichung, Abstimmungen, Umfragen, partizipative Haushaltsführung	Information, Einreichung, Abstimmung	USA
<u>Open-Gov</u>	Softwareplattform, die sich auf transparente Haushaltsführung, Finanzberichterstattung und Leistungsmanagement für lokale Verwaltungen konzentriert.	Diverse Städte in den USA, u.a. Miami, Kansas oder Richmond	Budgetierungs- und Finanzplanung, Genehmigungs- und Berichterstattungsverfahren, Vermögensverwaltung	Einreichung, Prüfung, Zuwendungsbescheid, Abrechnung	USA
<u>PoLis</u>	KI-basierte Plattform, die (fehlenden) Konsens zwischen Interessengruppen in großen, heterogenen Populationen identifiziert und dadurch schnell und effektiv Informationen generiert, die normalerweise durch aufwendige Fokusgruppen oder Interviews gesammelt werden.	Taiwan (vTaiwan), Klimarat Österreich; Uruguay Referendum 2021	Echtzeit-Analyse, Konsensfindung und Visualisierung von kollektiven Meinungen und Diskussionen mithilfe von Algorithmen und maschinellem Lernen. Teilnehmende reichen Statements ein, werden dann in Gruppen eingeteilt und bewerten die eingereichten Statements.	Kiez-kassenversammlung	USA

Decidim	Open-Source-Plattform für partizipative Demokratie und Entscheidungsfindung, die es Bürgern ermöglicht, Budgetprioritäten vorzuschlagen und zu debattieren.	Barcelona, New York City, Helsinki, Europäische Kommission	Konferenzen, Abstimmungen, partizipative Budgetplanung, Umfragen, Benachrichtigungen, Online-Treffen, Vorschlagseinreichungen, Kommentierung, Webseiten	Öffentlichkeitsarbeit & Information, Beratung, Projektantrag, Kiezkassenversammlung, Projektumsetzung	Spanien
Consul	Neben Decidim eine der umfassendsten digitalen Instrumente für Bürger:innenbeteiligung, wurde weltweit zusammen mit Regierungen und Bürger:innen entwickelt	Madrid, Paris, Buenos Aires, Detmold	Vorschläge, Debatten, Bürger:innenhaushalte, kollaborative Gesetzesentwurfverfahren, Interviews, Umfragen, Abstimmungen, etc.	Öffentlichkeitsarbeit & Information, Beratung, Projektantrag, Kiezkassenversammlung, Projektumsetzung	Spanien
DEMOSplan GmbH	(Ehem. Binary Objects); die Software demosplan ermöglicht online Beteiligungsverfahren insbesondere im stadtplanerischen Bereich	Lichtenberg (Berlin), Hamburg	Beteiligung zur Bauleitplanung, Raumordnungsplanungen, Planfeststellungsverfahren, informelle Beteiligung und Bürgerhaushalte	Öffentlichkeitsarbeit & Information, Beratung, Projektantrag, Kiezkassenversammlung, Projektumsetzung, Abrechnung	Deutschland
Buergerwissen	Buergerwissen ist ein Dienstleister der Plattformen für aktivierende Bürger:innenbeteiligung anbietet und Bürgerhaushalte konzipiert und durchführt.	Diverse deutsche Städte, u.a. Stuttgart, Gelsenkirchen, Braunschweig, Trier, Osnabrück und Köln	Dienste: Leitlinien für Bürger:innenbeteiligung; Bürger:innenhaushalte und -budgets, Online-Foren, Umfragen, Bürger- und Volksbegehren, etc.	Öffentlichkeitsarbeit & Information, Beratung, Projektantrag, Kiezkassenversammlung, Projektumsetzung	Deutschland
Participare	Plattform speziell für partizipative Budgetierungsprozesse	Keine Beispiele gefunden, Webseite sieht veraltet aus.	Anti-Betrugs-Mechanismen, mehrsprachige Nutzer:innenoberfläche, Nutzer:innenregistrierung,	Einreichung, Abstimmung	Portugal
KDO Services GmbH	KDO Services GmbH ist ein Innovations- und Technologiedienstleister für Kommunen und bietet diverse Softwarelösungen für öffentliche Verwaltungen an.	Keine Beispiele gefunden	Diverse IT-Lösungen, z.B. im Bereich Bürgerservices, Cloud-Arbeitsplatz, Datenschutz aber laut Webseite kein konkretes Angebot für Bürger:innenbeteiligung bzw. -budgets.	Unklar	Deutschland
Polidia GmbH	Bietet die Software DIALOG BOX als Infrastruktur für die Realisierung von Dialog- und Beteiligungsprojekten an.	Frankfurt am Main, Beteiligungsportal Oldenburg, Zukunftsquartier Eberswalde, BMUV Dialog zur „Nationalen Wasserstrategie“	„Software-as-a-SERVICE“ Ansatz und Tools für u.a. Vorhabenliste, Kartenkonsultation, Kollaboratives Texten, Umfragen, Bürger:innensprechstunden, Blogs, Veranstaltungs- und Einladungsmanagement	Öffentlichkeitsarbeit & Information, Beratung, Projektantrag, Kiezkassenversammlung, Projektumsetzung	Deutschland
LiquidFeedback	LiquidFeedback ist eine Open-Source-Plattform für partizipative Entscheidungsfindung, die es Gruppen und Organisationen ermöglicht, Meinungen zu sammeln und gemeinsame Entscheidungen zu treffen.	Berlin	Antrags- und Entscheidungsprozesse, Moderation, Skalierbarkeit und Delegation von Stimmen, Präferenzabstimmungen	Projektantrag, Kiezkassenversammlung	Deutschland
Adhocracy	Von Liquid Democracy e.V. entwickelte kooperative Diskurs-, Delegations- und Abstimmungssoftware, die es Gruppen und Organisationen ermöglicht, kollaborativ Ideen zu entwickeln, Diskussionen zu führen und Entscheidungen zu treffen, auch in Bezug auf Budgetfragen.	Stadt Lindau	Kollaboratives Erstellen von Texten, Konsultationen, Gremienarbeit, Agendasetting	Projektantrag, Kiezkassenversammlung	Deutschland

Civic Budget	Partizipative Open-Source-Plattform, mit der öffentliche oder private Organisationen jede Art von Abstimmungsprozessen durchführen können, z.B. für Gelder im öffentlichen Haushalt	Lissabon,	Ideenfindung und Brainstorming in Gruppen, kollaboratives Erarbeiten von Vorschlägen, Verknüpfung von Vorschlägen, Ausarbeitung, Diskussion, Prüfung, Abstimmung	Beratung, Projektantrag, Kiezkassenversammlung	Unklar, Konsortium aus internationalen Partnern, Förderung durch das EIT Digital
PB Stanford	Open-Source-Plattform für partizipative Haushaltsführung und Gemeinschaftsbeteiligung, die von der Stanford University entwickelt wurde.	Chicago, Seattle, Boston, New York City	Online-Abstimmungen über eingereichte Projekte und anschließende Analyse und Befragung, Verifizierung von Teilnehmenden, mehrsprachige und anpassbare Anwendung	Projektantrag, Kiezkassenversammlung	USA
Werdenstwas GmbH	Dienstleister für die Planung und Umsetzung von Bürger:innenbeteiligungsformaten und insbesondere digitalen Bürger:innenbudgets	Wuppertal, Konstanz, Monheim am Rhein	Mängelmelder, Umfragen & Analysen, Bürger:innenbudgets und -haushalte, Vorhabenlisten, Leitlinien	Öffentlichkeitsarbeit & Information, Beratung, Projektantrag, Kiezkassenversammlung, Projektumsetzung	Deutschland

